

# Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei  
in der tschechoslowakischen Republik.

Bezugsbedingungen:  
Bei Zustellung ins Haus oder  
bei Bezug durch die Post:  
monatlich . . . . . Ks 16.—  
vierteljährlich . . . . . 48.—  
halbjährlich . . . . . 96.—  
jährlich . . . . . 192.—

Rückstellung von Manu-  
skripten erfolgt nur bei Ein-  
sendung der Retourmarken.

Erscheint mit Ausnahme  
des Montag täglich früh

## Die Hoffnung des Faschismus.

Von Wilhelm Niehner.

Der frühere tschechische sozialdemokratische Minister Bechyně hat, wie hier berichtet wurde, vor etwa einer Woche einen aufsehenerregenden Artikel geschrieben, der den Titel trug: „Ein General wird gesucht.“ Ein General nämlich für den Faschismus! Das, was sich bei uns Faschismus nennt, ist eine ganz eigenartige Erscheinung. Es hat, darüber besteht doch kein Zweifel, die gewalttätige Beseitigung der Verfassung zum Ziel und will an die Stelle des Parlaments, das den Mehrheitswillen des Volkes repräsentiert, die Diktatur eines einzelnen setzen, der sich auf eine kleine, aber entschlossene, zu allem bereite und natürlich bewaffnete Minderheit stützt. Der Wille und der allumfassende Verstand des Einen soll all die anderen erlegen, die an der Führung und Gestaltung von Politik, Kultur und Wirtschaft arbeiten, doch vorher soll er die faschistischen Kampfscharen zum Siege und zur Macht führen. An die Stelle der Zusammenarbeit aller soll der Wille des Einen und Einzigen treten, das Hirn durch die Faust ersezt werden. Der Faschismus hat die Demokratie satt, seine neue Heilslehre ist die alte, nach der das Volk beherrscht wurde, ehe es zur Mündigkeit erwachte, es ist die Methode des Absolutismus, von der es sich unter jahrzehnter- und jahrhundertelangen Kämpfen kaum erlöst befreit hat. Die Demokratie ist natürlich keine so glatt funktionierende Maschinerie wie der Despotismus, der sich heute in das schwarze Hemd des Faschismus kleidet, sie hat ihre Schwierigkeiten, ihre Kinderkrankheiten. Der Faschismus will nun den kranken Patienten dadurch heilen, daß er ihn totzuschlagen sucht. Demokratie und Parlamentarismus sind besonders in der Tschechoslowakei in keiner idealen Verfassung, sie sind eher Zerrbilder dieser Begriffe, aber nicht verbessern und dem Ideal näherbringen will sie der Faschismus, sondern einfach ausmerzen. Das ist die Kur des Doktor Eisenbart, und — es ist kaum zu glauben — es gibt Menschen, wenn auch noch nicht allzu viele, die sich nach der Wiederkehr des Despotismus sehnen, die mit Stolz das schwarze oder braune Hemd tragen und angeblich auch bereit sind, für die neue Form der Verflavung der Menschen zu kämpfen.

Das Eigenartige also am Tschecho-Faschismus war bisher, daß ihm sowohl die Massen fehlten, aber auch der Eine und Einzige, der Führer und zukünftige Diktator. Die Bewegung war nicht aufragend, sie hatte in den einzelnen Städten den Umfang eines größeren Pseifen- oder Kegelflusses und war anonym, denn von den politischen Persönlichkeiten und Parteien wollte sich keine zu ihr bekennen. Man ahnte wohl, woher ihr Nahrung zuströmt, und auf die Nährväter wurde mit Fingern gezeigt, aber öffentlich wollten diese mit dem Geschöpf, das sie heimlich in die Welt gesetzt hatten, nichts zu tun haben. Der Faschismus hätte noch lange wie ein Weichling, allerdings kein wohlwollendes, im verborgenen blühen können, keine Lage hätte sich um die tschechische Nachäfferei des Mussolinismus geformt. Da erstand dem Faschismus eine Hoffnung: der langgesuchte General, der, ein tschechischer Primo di Rivera, den Drachen Demokratie töten sollte, tauchte am Horizont auf! Seit Wochen und Monaten wurde in allen faschistischen Versammlungen — und die faschistischen Jünglinge, die Ueberflut an Zeit zu haben scheinen, halten deren sehr viele ab — der Name des Befreiers und Erlösers genannt. Es ist der General Gajda, aus sehr kleinen Anfängen — durch welcher Art Verdienste, soll hier ununtersucht bleiben — aufgestiegen bis zu der Stelle eines Generalstabschefs der tschechoslowakischen Armee. Noch am letzten Sonntag wurde dem kommenden Diktator auf einer Faschistentagung in Smichov in folgender Weise geshuldet und kein Schwarz- oder Weißer, der nicht überzeugt war, der General würde ehestens aus seiner Reserve heraustreten, um an der Spitze der Armee an die Eroberung des faschistischen Ideals zu schreiten. Daß den

## Sozialdemokratie und Agrarzölle.

Rede des Genossen Senator Polach in der gestrigen Zolldebatte des Senates.

Prag, 19. Mai. In der gestrigen Sitzung des Senates, über deren Verlauf wir an anderer Stelle berichten, entkräftete Genosse Polach in einer groß angelegten, vom ganzen Hause mit höchlichem Interesse verfolgten Rede mit wissenschaftlicher Gründlichkeit und Sachlichkeit die agrarischen Argumente für den Zollantrag Donat, rühte die Haltung der deutschbürgerlichen Parteien hiezu in das gebührende Licht und legte schließlich den Standpunkt unserer Partei ausführlich dar, der aus dem sozialdemokratischen Agrarprogramm sich klar und unzweideutig ergibt. Genosse Polach führte u. a. an:

Hoher Senat! Der Antrag Donat verlangt zweierlei: die Aufhebung des Artikels 2 der Regierungsverordnung vom 4. Juni 1925, die uns unter Umständen Zollfreiheit in bezug auf Agrarprodukte und Mehl, oder zumindest eine Herabsetzung des Koeffizienten, gebracht hat, und zweitens die Vorbereitung eines neuen autonomen Zolltarifs, der noch vor Beginn der Handelsvertragsverhandlungen mit allen vorwiegend agrarischen Staaten fertig werden soll.

In der Begründung des Antrages Donat betonen sich die Antragsteller darauf, daß die geltenden Zölle den heutigen wirtschaftlichen Verhältnissen nicht mehr entsprechen, und daß sie geradezu die Ursache der Krise seien, in der sich gegenwärtig die Landwirtschaft befindet. In der weiteren Begründung meinen die Antragsteller, es sei für die Entwicklung der volkswirtschaftlichen und handelspolitischen Verhältnisse unseres Staates symptomatisch, daß wir im achten Jahre der Tschechoslowakischen Staatlichkeit noch immer keinen autonomen Zolltarif haben.

Ich muß gestehen, daß dieser Schmerz von uns nicht geteilt wird. Der Staat hätte wirklich wichtigere, dringendere und zwingendere Aufgaben zu erfüllen.

Aber die Eile, die sich in der Dringlichkeit Ihrer Anträge ausdrückt, ist ganz außerordentlich verdächtig und wohl ein Beweis für die sehr mangelhafte Güte dessen, was Sie damit damit beabsichtigen.

### Die agrarischen Argumente.

Doch gehen wir auf Ihr Hauptargument ein, mit dem Sie diese Vorlage bringen, auf die angeblich unerträglich agrarische Krise, in der wir uns befinden. Ich will ohne weiteres objektiv zugeben, so leicht wie in der Kriegszeit haben es die agrarischen Kapitalisten, die man wieder von den Kleinbauern unterscheiden muß,

Faschisten bloß so von ungefähr der Name des Generals Gajda eingefallen ist, ohne daß sie greifbare Anhaltspunkte für die Annahme befehlen hätten, Herr Gajda wäre bereit, ihrem Rufe zu folgen, wird man schwer glauben können. Gajda wurde bejubelt und gefeiert, aber nicht nur er, auch das Ministerium für Landesverteidigung, das davon doch Kenntnis haben mußte, antwortete darauf mit Schweigen. Welcher Parteiführer oder auch welcher Angehörige einer Partei würde es auch nur einen Tag lang dulden, daß ihn eine andere Partei für sich reklamiert und von ihm in aller Öffentlichkeit erzählt, er gehöre im geheimen dieser anderen Partei an, deren Führer er sogar werden wolle? Weder bei Gajda, noch merkwürdigerweise beim Landesverteidigungsminister aber gab es ein starkes Bedürfnis, die Sache sofort klarzustellen. Man denke: ein General, noch dazu der höchste im Staate, der den Treueid auf die republikanische Staatsverfassung geleistet hat, der der Armee nach militärischen Begriffen als Beispiel der Disziplin voranleuchten soll, erfährt Huldigung auf Huldigung in den Versammlungen jener, welche die Verfassung umstürzen wollen, er wird sogar als der zukünftige Diktator genannt, aber er und die Armeeleitung halten es wochenlang nicht der Mühe wert, sich darüber zu äußern.

Das war der Anlaß der Veröffentlichung von Bechyněs Artikel, in welchem Herr Gajda, die Hoffnung des Faschismus, aufgefordert wurde, Farbe zu bekennen, denn, so schrieb Bechyně, ein General könne nicht das schwarze Hemd tragen, außer er würde vorher die Uniform ablegen. Auch da verließ fast eine Woche, ehe das Ministerium für nationale Verteidigung die Sprache fand. Es hat gestern durch

nicht mehr; die Zeit, wo man für das, was der Mensch zu seiner Ernährung braucht, Liebhaberpreise gezahlt hat, ist sicher vorüber, und damit ist auch die Zeit vorüber, wo dieselben Agrarier, welche heute sagen, man könne ohne Zoll nicht existieren, leidenschaftliche Befürworter des Freihandels gewesen sind, und für die Weltmarktpreise, die auch in der Tschechoslowakei nicht eingehalten werden sollen, geschwärmt haben. Ich will auch ohne weiteres zugeben, daß das Tempo der Spareinlagen in jenen Klassen, die für die Agrarier in Betracht kommen, sich verlangsamt hat, und daß neue Belastungen hypothetisch entstanden sind.

### Aber warum?

Weil infolge der Bereicherung der Agrarier in den ersten Jahren nach dem Kriege das Verlangen nach Vermehrung von Grund und Boden angewachsen ist, und weil die Kapitalisierung, die aus den Getreidepreisen hervorging, einen so hohen Verkehrswert für Grund und Boden geschaffen hat, daß der Grund und Boden überahlt und infolgedessen natürlich auch noch im Zusammenhang mit der weiteren sozialen Entwicklung eine neue hypothetische Belastung hinzukam. Aber, meine Herren, ist das eine Krise der Landwirtschaft? Warum sprechen Sie nicht von der Krise, als der Weizenpreis im Dezember 1922 auf 147 Kronen stand, als er im August 1923 wesentlich niedriger stand als im Jahre 1925 und in den ersten Monaten des Jahres 1926.

Sie haben damals nicht von einer Krise gesprochen, weil Sie das Gefühl gehabt haben, noch zu schwach zu sein, um sich mit Ihrem Attentat durchsetzen zu können.

Ja aber, meine Herren, warum sprechen Sie nicht von der wirklich katastrophalen Lage des Beamten, dem Sie durch das berühmte Dezembergesetz von 1922 die Bezüge bis zur Lebensmöglichkeit herabgedrückt haben.

Seine Presseabteilung an die Zeitungen eine Mitteilung verschiebt, in der im „Interesse des Dienstes“ gemeldet wird, daß General Gajda in keiner politischen Partei oder Organisation sei und sein werde und auch allen politischen Tendenzen fernstehe, welche gegen die Gesetze der Republik gerichtet wären. Dieser Ablehnung zufolge hätten also die Faschisten bloß phantasiert und gestunkert, hätten den Namen Gajdas als jenen des erkorenen Faschistengenerals glatt erfunden, mit einem Wort: es ist alles in Ordnung und dem Faschismus ist der General abgetrieben. Wer offiziöse Ablehnungen gläubig hinzunehmen geneigt ist, den mag die Mitteilung des Ministeriums für nationale Verteidigung befriedigen, die anderen — und das dürften nicht wenige sein — werden das Bedürfnis haben, danach zu forschen, wie es zu dieser schon durch die reichliche Verspätung bedenklichen Erklärung kam, und was alles sich zutragen mußte, damit das Ministerium mit ihr herausrückte.

Wer also glauben will, die Faschisten hätten ins Blaue hinein den Namen Gajdas als ihres Auserwählten erfunden, der wird vielleicht die Angelegenheit für erledigt halten. Ernstdenkende werden sich die Sache nicht so einfach vorstellen. Der Tschecho-Faschismus ist trotz des Geschreis, das er erhebt, keine Bewegung, welche die Demokratie zu fürchten hätte, solange nicht entweder große Massen hinter ihr stehen, die auch über Waffen verfügen und die wohlwollende Duldung der Regierung genießen, oder solange sie nicht die Armee, das heißt, wenigstens größere Teile derselben, in ihren Dienst stellen kann. Dessen sind sich sicher auch seine Hintermänner bewußt, und wer diese kennt, wird schon glauben können, daß sie ihr Spiel nicht so leicht aufgeben werden. Hinter dem Faschismus steht

Warum sprechen Sie nicht von der katastrophalen und krisenhaften Lage des Arbeiters und Angestellten,

dem die Unternehmer, Ihrem Beispiele folgend, die Löhne und Bezüge so tief herabgesetzt haben? Warum verschweigen Sie, um alles das zusammenzufassen, die aufreizende Tatsache, daß die Lebenskosten, daß die Steuerbelastung der Arbeiter und der Angestellten auf das Fehn- bis Elfache gestiegen ist, das Arbeitereinkommen im Durchschnitt jedoch nur auf das Siebenfache.

Von dem allen, meine Herren, haben Sie nicht gesprochen und

die Aggressivität Ihres Standpunktes hat, wie schon gesagt, Ihre Ursache nicht in der katastrophalen Situation, in der sich die Landwirtschaft gegenwärtig befindet, sondern in der großen Steigerung Ihres politischen und klassenmäßigen Volksbewußtseins,

das darauf zurückzuführen ist, daß die tschechischen Agrarier nach den Wahlen des Vorjahres die stärkste Partei innerhalb der Tschechen geworden sind, und daß es bei den deutschen bürgerlichen Parteien durch eine irreführende und geschickte Agitation gelungen ist, auch die Partei der deutschen Agrarier als die stärkste erscheinen zu lassen.

Schon ganz wenige Tage nach den Wahlen vom 15. November des vorigen Jahres behauptete der deutsche agrarische Abgeordnete Windisch — ich zitiere die „Landpost“ vom 8. Dezember 1925 — daß die Einführung gleitender Zölle ein mißlungenes sozialistisches Experiment sei, und daß der Wahlausgang bewiesen hätte, daß sich die Mehrheit der Bevölkerung aus der sozialistischen Wirtschaft hinaussehnt. Es sehnt sich also offenbar die Mehrzahl der Bevölkerung nach Verteuerung des Brotes. Windisch entriestete sich darüber, daß die Sozialdemokratie den

Klassengegensatz zwischen Kleinbauern und Großbauern

aufdeckt. Aber dieser Klassen- und Interessengegensatz besteht wirklich; der Prozentsatz auch der selbständigen Landwirte, denen die Zölle Vorteile bringen, ist ein ganz kleiner.

Die statistischen Fonglekurven, welche die Agrarier angewendet haben, um den Nachweis

die tschechische Bourgeoisie, die, seitdem die all-nationale Koalition gestürzt ist, ihre Alleinherrschaft gefährdet sieht. Entweder Erneuerung dieser Koalition oder überhaupt keine und Beseitigung des Parlaments, das ist ihr Ziel. Mit allen Mitteln will sie, entgegen allem Recht und entgegen der nationalen Zusammensetzung des Staates, die anderen Nationen von der Teilnahme an der Verwaltung und vom Einfluß auf die Gesetzgebung ausgeschlossen sehen. Wer die Hauptperson kennt, die als geheimer Drahtzieher hinter der Szene des faschistischen Theaters steht, der weiß, was für ihn auf dem Spiele steht und wonach sein Ehrgeiz strebt, der wird auch verstehen, warum so viele der übertriebenen Geschosse die Richtung nach dem Stadtkönig nehmen. Die tschechische Bourgeoisie will sich das alleinige Privileg, im Staate ihr Diktat zu üben, nicht aus der Hand nehmen lassen, will die ungeteilte Regierungsgewalt gegenüber den anderen Nationalitäten bewahren, ihr Klassengeiz und ihre schrankenlose Herrschgier treibt sie aber auch dazu, ein Machtinstrument zu finden, das zur Anebelung der Arbeiterklasse dienen soll, und das ist eben der Faschismus. Vielleicht ist es richtig, daß der gesuchte General noch nicht gefunden ist, der Eifer der tschechischen Bourgeoisie, ihn zu finden, wird darum nicht erlahmen. Aus den Beispielen anderer Länder weiß man, daß sich Armeen unter Umständen leicht zum Werkzeug ihrer Befehlshaber hergeben. Es ist schon wiederholt geschehen, daß Armeen, die die Stütze des Staates und seiner verfassungsmäßigen Grundlagen sein sollten, deren Lotengraber wurden. Der Fall Gajda, der übrigens noch keineswegs geklärt ist, muß insbesondere für die sozialistischen Parteien Lehre, Warnung und Mahnung sein!

zu liefern, daß es sich hier um das Interesse der Hälfte der Bevölkerung handelt, verlagern gegenüber der Tatsache, daß die Bewohner der Städte, daß die Industriearbeiter, daß der überwiegende Teil der Landwirte selbst ein gegenseitiges Interesse haben. Das sind also sicher keine Argumente.

Sie sagen: Niedrige Getreidepreise schwächen die Kaufkraft auf dem inneren Markt, sie üben daher eine schädliche Wirkung auf die industrielle Produktion.

Man kann die Dinge aber auch umkehren und sagen: Zölle erhöhen die Produktionskosten, sie stören den Absatz der inneren Produktion und sie erschweren den Abschluß von Handelsverträgen.

Ich will Ihnen hier anführen, was Professor Brentano, der seit zwei Menschenaltern auf dem Boden des Freihandels steht, auch in der neuen Auflage seines Buches über die deutschen Getreidezölle sagt.

Brentano sagt, daß die Industrie unter den Getreidezöllen dreifach leidet.

Die Getreidezölle bewirken hohe Löhne der Arbeiter, d. h. die Arbeiter sind genötigt, wenn das Brot teurer wird, selbstverständlich neue Lohnforderungen zu stellen. Sie beeinträchtigen die Arbeitsleistung durch mangelhafte Ernährung der Arbeiter, und sie beeinträchtigen — Sie reden hier immer nur von der inneren Kaufkraft der ländlichen Bevölkerung — sehr stark die Kaufkraft der Arbeiter für die innere Produktion, die eine viel größere Zahl ausmachen und deren Bedeutung für die Steigerung des Konsums und damit indirekt der Produktion eine viel größere ist.

Die Agrarier sagen weiter als Argument, daß die Landwirte bei den niedrigen Preisen ihren Betrieb nicht intensiver betreiben können, daß sie nicht investieren können,

um die Erträge des Hektars zu erhöhen. Aber, meine Herren, das hören wir seit Jahrzehnten. Sie haben aber nicht gezeigt, daß Sie in den Zeiten höherer Getreidepreise an diese Intensivierung der Landwirtschaft und an die Steigerung der Erträge gedacht haben. Und bezeichnend: denn eine zu hohe Produktivität der landwirtschaftlichen Arbeit hätte wirklich die Gefahr, daß sie um die Auswirkung des Schutzzollens kommen, so daß die Schutzzölle geradezu zu einem Faulbett der Agrarwirtschaft geworden sind, zu einer Prämie für Nichtinvestierung. Und glauben Sie wieder nicht, daß das bloß unsere Meinung ist.

Professor Dereboe, der Vertreter der reichsdeutschen Landwirtschaft im Reichswirtschaftsrat und ein hervorragender Fachmann, sagt über den Schutz Zoll, daß er zwar eine Superdividende schafft, aber nicht die landwirtschaftliche Intensivierung bringt.

Und dann verweisen die Herren so gerne auf Deutschland.

Deutschland ist sicherlich der allernachgefragteste Staat dafür. Hat man Grund, für die Wirkungen zu schwärmen, welche die Schutzpolitik in Deutschland hervorgerufen hat, für diese steigende Arbeitslosigkeit, für die ungeheure Verelendung? Ist es übrigens wahr, daß es die Schutzzölle gewesen sind, welche die Steigerung der Produktivität der Landwirtschaft in Deutschland hervorgerufen haben? Vor hundert Jahren hat es auf dem Boden des jetzigen Deutschlands eine Bevölkerung von etwa 20 Millionen gegeben, und für diese 20 Millionen konnte nur mühsam das für das Leben notwendige produziert werden. Jetzt produziert Deutschland für eine Bevölkerung von 65 bis 66 Millionen Menschen 80 Prozent des gesamten Bedarfs; es ist dies infolge auf Grund der technischen Entwicklung. Es ist eben das Problem der Landwirtschaft heute eine Wissenschaft und eine Technik. Wegen dieser Auffassung und die sich daraus ergebenden Konsequenzen sträuben sich die Agrarier mit ihrer Preispolitik. Und wenn Sie nun meinen, daß das zusammenhänge mit der Schutzpolitik — so muß umgekehrt gesagt und kann nachgewiesen werden, daß in der Zeit der Hochschutzzollpolitik Deutschlands die Lebenshaltung der Arbeiterschaft eine rückläufige war.

Man kann ruhig sagen, daß in Deutschland heute die ganze Wissenschaft, die sich mit dieser Frage beschäftigt, aus dem Lager des Hochschutzzollens in das Lager des Freihandels übergegangen ist. Aber nicht bloß Männer der Wissenschaft,

auch die großen wirtschaftlichen Körperschaften in Deutschland sind heute gegen die Zollpolitik.

Der Reichswirtschaftsrat der ja auch zum großen Teil die Vertreter der Landwirtschaft in sich schließt, ist gegen die Zölle, weil er sie für ein ungeeignetes Instrument zum Abschluß langfristiger Handelsverträge ansieht, während Sie unter den Gründen ihres Motivenberichtes, mit denen Sie die Zölle empfehlen, gerade die Abschließung dieser Handelsverträge nennen. Der Verein für Sozialpolitik, dem heute alle Volkswirtschaftler und Volkswirtschaftspolitiker Deutschlands angehören, ist ebenfalls leidenschaftlich gegen die Schutzzölle aufgetreten. Aber auch die unmittelbare Praxis, der Sie mit Recht eine sehr große Bedeutung zuschreiben, steht in dieser Frage heute auf einem zollgegnerischen Standpunkt. Die höchstentwickelte Landwirtschaft haben wir heute in Dänemark wo Dekretverträge an Weizen bis zu 29 und 30

# Der Stand der Verhandlungen in der Zollfrage.

## Verhandlungen der bürgerlichen Parteien. — Zwei- bis achtfacher Vorkriegszoll für landwirtschaftliche Produkte?

Während im Senat die Redner der einzelnen Parteien einander ablösten, wurden die Verhandlungen über die Höhe der Zölle von den Abg. Dvoráček (Nat.-Dem.) und Dr. Hodža (Agr.) fortgesetzt. Der bürgerliche Block war zwar einig, was die Abstimmung über den Antrag Donat betraf, aber nicht über die Höhe der zu fordernden landwirtschaftlichen Zölle. Damit nun der bürgerliche Block nicht zerfalle, werden Versuche gemacht, die Agrarier von ihrem Standpunkt, bei allen landwirtschaftlichen Erzeugnissen die sechsfachen Vorkriegszölle zu fordern, abzubringen. Die Verhandlungen sind noch nicht beendet und werden morgen fortgesetzt werden. Die Grundlage für die Einigung soll nun — wie wir erfahren haben — darin

Zentnern vorkommen. Wo haben wir die höchstentwickelte Fleischproduktion in ganz Europa? In Holland und

Sie sehen, daß diese Länder, Dänemark, Holland, Belgien und die Schweiz, und noch eine Reihe anderer Länder, heute auf dem Standpunkt des Freihandels stehen

und daß sie leidenschaftlich gegen die Zunutung sich erheben, durch Schutzzölle gesichert zu werden. Aber Sie reden in Ihrem Motivenbericht unter anderem von der Notwendigkeit der Autfahrtie (Selbstgenügsamkeit).

Kann sich ein Staat wie die Tschechoslowakei auf den Standpunkt der Autfahrtie stellen?

Ist nicht im Gegenteil die Tschechoslowakei einer von den mitteleuropäischen Staaten, die in ganz besonders hohem Maße auf die Industrie- und Exportpolitik angewiesen sind? Ist es nicht eine frivole Prossführung, hier mit einem solchen Argumente zu kommen?

Ich sage Ihnen ohne weiteres als Sozialdemokrat: Freihandel und Schutz Zoll ist keine prinzipielle oder dogmatische Frage des Sozialismus, nicht theoretische Gründe wären für uns maßgebend. Es ist eine Frage der Zweckmäßigkeit, der wirtschaftlichen Wechselbeziehung, in der wir uns zu den anderen Staaten befinden.

Nicht einmal England mit seinem ungeheuren Kolonialgebiet könnte sich auf den Standpunkt der Selbstversorgung stellen und muß Rücksichten nehmen.

Wir in der Tschechoslowakei sind kein selbstversorgendes Wirtschaftsgebiet.

Wir sind mit allen anderen Ländern aufs innigste verflochten, wir haben gleich ihnen ein Interesse, die Grenzmannern niederzureißen, statt sie aufzurichten. Und wir haben vor allem, wenn sie es auch politisch niemals zugestehen werden, alle das Interesse, die bösen wirtschaftlichen Wirkungen aufzuheben, die die Pariser Friedensverträge und gebracht haben. Die Friedensverträge von Paris haben die Zahl der europäischen Staaten auf 35 vermehrt und all diese 35 Staaten stehen zueinander im wirtschaftlichen Kampfe, sperren ihre Grenzen durch Schutzzölle ab, erschweren das Leben, und treiben im Zusammenhang mit dieser Wirtschaftspolitik eine Rüstungspolitik, die bewirkt, daß wir heute um eine Million Soldaten in Europa mehr haben als im letzten Jahre vor dem Kriege. Da gibt es nur einen Weg zur Besserung: Beseitigung und Aufhebung der Zollgrenzen, Verbesserung der weltwirtschaftlichen Lage, von der allein die Wohlfahrt der Bevölkerung abhängt. Es ist keine Frage der Agrarier allein, sondern der gesamten Bevölkerung, vor allem eine Frage der arbeitenden und städtischen Bevölkerung der wirtschaftlichen Zukunft unseres Staates.

Wir müssen immer wieder die Frage stellen:

### Wem nützen die Getreidezölle?

Nur einer ganz verschwindenden Zahl der größeren Landwirte, nicht aber den fast 80 Prozent der kleinen Landwirte, die wir aufzuweisen haben. All das, was darüber gesagt worden ist, daß der größte Teil unserer Landwirte so wenig Grund und Boden besitzt, daß er im günstigsten Falle keine Vorteile von den Zöllen hat, in den meisten Fällen aber Nachteil, vermochten Sie nicht zu widerlegen.

Aber noch wichtiger ist die Frage:

### Wem schaden die Getreidezölle?

Sie schaden, wie ich immer wieder sagen muß, den Arbeitern, den Beamten, den kleinen Gewerbetreibenden.

Es wurden auf Grund der Preisindexe Zahlen ausgerechnet, daß unter Zugrundelegung des Koeffizienten 6 der Zoll sich bei einer fünfjährigen Arbeiterfamilie in der Weise auswirkt, daß die Lebenshaltung sich pro Woche um 17 K erhöht, jährlich also um mehr als 900 K. Freilich wird diese unsere Zahl bestritten. Aber selbst die Agrarier haben auf ihrer interessanten landwirtschaftlichen Ausstellung die diese Woche zu Ende ging, doch herausgebracht, daß die Zölle 374 K jährlich mehr Erhaltungskosten für die Familie darstellen.

Bei Besprechung des Problems führt man auch an, daß im Laufe des Jahres 1925 die Getreidepreise durchschnittlich um 28 Prozent gesunken, daß aber hievon dem Konsumenten nur 8 Prozent zugekommen sind; daß also trotz aller Versprechungen, den

bestehen, daß für die einzelnen landwirtschaftlichen Produkte Zölle in verschiedener Höhe festgesetzt werden, und zwar in der Höhe von zwei bis acht. Für einzelne Getreidesorten sollen die dreifachen Friedenszölle, für Vieh der achtfache Zoll festgesetzt werden, während der Mehlzoll das fünf- bis sechsfache des Österreichisch-ungarischen Zolltarifs von 1906 betragen soll. Von einer Zustimmung der tschechischen sozialistischen Parteien zu diesem Projekt ist noch keine Rede, zumal diese Parteien zu irgendwelchen Verhandlungen nicht zugezogen wurden. Die Einigung soll zunächst unter den bürgerlichen Parteien der alten Koalition hergestellt werden. Ob es freilich selbst bei dieser Einigung der bürgerlichen Parteien verbleibt, ist noch die Frage.

## Zwischenhandel

auszuschalten, den Weg vom Produzenten zum Konsumenten zu kürzen, bisher auch nicht das Allgeringste geschehen ist. Die Verteidiger der Zölle bestreiten, ja einzelne gehen in ihrer Verteidigung so weit, daß sie sagen, die Zölle werden überhaupt keine Verteuerung bringen. Es fehlt nur noch der Beweis, daß man dem Konsumenten aus den Zöllen noch etwas darauszahlen wird. Und diesem Argument hat sich auch der Herr Ministerpräsident in der Rede angeschlossen, die er am 7. Mai über Auforderung des Abgeordnetenhauses dort gehalten hat. Er hat behauptet, daß eine Quote der vorgeschlagenen Zölle bei richtiger Bemessung und freiem Wettbewerb auch der fremde Lieferant trägt.

In der Praxis aber hat es sich immer und überall gezeigt, daß sich Zölle im großen und ganzen vollständig auswirken.

Wenn der Herr Ministerpräsident verspricht, die Ausnützung der Zölle zu einer unbegründeten Verteuerung zu verhindern, muß ich bei aller Autorität, die einem Ministerpräsidenten von Haus aus zukommt, auf Grund aller Erfahrungen diese Wirkung bestreiten. Erinnern Sie sich doch, meine Herren: Als im Jahre 1922 das berüchtigte Dezenberggesetz kam mit der Einschränkung und Drosselung der Beamtenbezüge, hat die Regierung damals auch erklärt, die Erhöhung der Einkommen um 20 bis 25 Prozent würde aufgehoben werden, indem man die Teuerung verhindern und abbauen werde. Sie haben ja die Erfahrungen der letzten Tage. Ist es der Regierung auch nur im geringsten gelungen, tatsächlich auf das Wirtschaftslieben einen solchen Einfluß zu entfalten? Glauben Sie nicht, daß die Kapitalisten und Spekulanten Ihnen hundertmal entschuldigend sein werden, ehe auch nur der bürokratische Entschluß gefaßt ist, gegen die Teuerung einzuschreiten, ein Entschluß, dessen Wirksamkeit so gering ist?

### Wir bestreiten auch die Erleichterung der Handelsverträge durch den Schutz Zoll.

Sie sagen immer, ein fester Zoll sei eine Grundlage für Verhandlungen. Ich mit meinem geringen Menschenverstand kann das nicht begreifen. Im Gegenteil, wenn es sich nicht um Zölle handelt, die herabgesetzt werden können, also um Maximalzölle, die in der Praxis zu gleitenden Zöllen werden, dann weiß ich nicht, wie gerade die aprioristische Fixierung von Zöllen diese Wirkung ausüben sollte. Im Gegenteil. Und nun, meine Herren, verstehe ich trotzdem, daß die Agrarier in Wahrung ihres Klassenstandpunktes als Besitzer von größerem Grund und Boden für die Zölle eintreten, obwohl wir bestreiten, daß Sie im Interesse der Kleinbauern sind.

### Der Standpunkt der Deutschbürgerlichen.

Aber ich frage mich, was für Interesse die anderen bürgerlichen Parteien haben, sich mit diesem Auentat zu identifizieren und die Pläne der Agrarier zu unterstützen. Was für Interesse haben denn die deutschbürgerlichen Parteien daran? Ein wirtschaftliches Interesse, wie Sie sagen. Aber es geht nicht an, zu gleicher Zeit von der Heiligkeit und Unveränderlichkeit gewisser politischer Forderungen auf der einen Seite zu reden und sich auf der anderen Seite von rein wirtschaftlich oportunistischen Erwägungen leiten zu lassen. Wir haben vor etwa 14 Tagen hier auf diesem Boden erlebt, daß die Rede des Herrn Koll. Krojher, den man wohl nicht übermäßige Deutschfreundlichkeit nachsagen kann, leidenschaftliche Zustimmung von Seite der deutschen Agrarier gefunden hat, die vollständig alles das vergessen haben, was Ihnen der Kollege Krojher bei jeder Gelegenheit gesagt hat. Denn es ist eine wirtschaftliche Frage.

### die christlichsoziale Partei

hat, den Zöllen zuzustimmen. Haben Sie, meine Herren, die Sie sich immer rühmen, das ganze Volk in allen seinen Klassen zu vertreten, haben Sie nicht auch Arbeiter in Ihrer Partei?

Gen. Dr. Silgenreiner: Auch Bauern und Landwirte!

Gen. Polach: Ich weiß schon, Sie sorgen dafür, daß Sie dem arbeitenden Teile Ihrer Partei angehörige die Lebenshaltung erschweren, indem Sie eine Wirtschaftspolitik treiben.

Wühr: Die Regierung hat versprochen, daß keine verteuerte Rückwirkung eintritt.

Gen. Dr. Heller: Was Sie auf einmal für Gewicht legen auf die Versprechungen dieser tschechischen Regierungen!

Gen. Polach: Ich will mich mit Herrn Kollegen Silgenreiner nicht über die grundsätzlichen Fragen unterhalten, ob es möglich ist, die Reichen und die Armen, Wasser und Feuer in einem zu gleicher Zeit zu schützen, kalt und warm zu blasen.

Gen. Polach: Herr Kollege Silgenreiner hat seinerzeit gemeint, daß man daran gehen müsse, das zerrüttete Wirtschaftsleben im Zusammenhang mit den Zöllen und Handelsverträgen zu bessern. Damals hat er gemeint, die Sache könne durchgeführt werden, wenn es auch nicht die bisherige Majorität täte. Ich muß ihn daran erinnern, daß ja Mitglieder seiner eigenen Partei sich bereits sehr entschieden gegen die Zölle ausgesprochen haben. Der Kollege Ledebur hat es sogar für notwendig gefunden, das ausdrücklich der weitesten Öffentlichkeit bekanntzugeben. Herr Kollege Silgenreiner sprach ja jedesmal, wenn er sprach, sozusagen im Namen des gesamten deutschen Volkes.

Es geht nicht an, auf der einen Seite den Urteutononen zu spielen, und auf der andern Seite schließlich eine volkerverbrüdernde Mission zu übernehmen.

Aber noch ist ein Beilchen, das im verborgenen blüht:

### die deutsche Gewerbe Partei,

die für Schutzzölle eintritt, wiewohl die Agrarier unter den Gründen, mit denen sie ihre Schutzpolitik empfehlen wollen, auch das eine immer wieder anführen, daß unsere Landwirtschaft bemüht ist, den Zwischenhandel auszuschalten. Das wirkt sich aber gerade gegen jene Wählerschaft aus, aus der sich die Gewerbe Partei rekrutiert. Wahrscheinlich will aber die Gewerbe Partei weiter Kostgängerin der Agrarier bleiben, und nur so ist ihre Haltung zu erklären.

Die deutschbürgerlichen Parteien, die einen so leidenschaftlichen Kampf gegen all das Unrecht führen, das in diesem Staate den Deutschen angetan wird, sie alle verschaffen durch Bewilligung der Zölle der deutschfeindlichen Regierung für ihre die Widerheiten unterdrückende Tätigkeit ungefähr eine halbe Milliarde an neuen Einnahmen für das Militär und für alle möglichen anderen Sachen, so daß wir die Echtheit dieses ihres Standpunktes anzweifeln müssen.

### Unsere Stellung zur Zollfrage.

Ich will zum Schluß die Stellung unserer Partei zur Zollfrage noch einmal zusammenfassen. Die Agrarier leben in ihrer Agitation von der Behauptung, daß der Sozialismus ein Feind des Bauerntums sei. Das ist weder nach unserem Programm, noch nach unserem Verhalten wahr. Der kleine Bauer, der zusammen mit seinen Familienmitgliedern an der Erhaltung seines Lebens arbeitet, ist für unsere sozialistische Auffassung kein Ausbeuter und kein Privatigentum, sondern ein Ausbeutungsgegenstand, sondern es ist ein Arbeitseigentum. Natürlich erweitert sich das Programm einer weltumgestaltenden Partei im Laufe der Jahrzehnte mit der Entwicklung. Aber Sie brauchen nur die uns verpflichtenden Programme der sozialistischen Parteien anzuschauen und sie werden heute überall übereinstimmend die Anschauung finden, daß es nicht Aufgabe des Sozialismus ist, das kleinbäuerliche Eigentum zu enteignen, sondern die Zwecke des Sozialismus zu fördern, indem das kleinbäuerliche Eigentum eingeleiert wird in die große sozialistische Organisationsidee, die sich die Mannhaftigkeit der Arbeit, die Versorgung der Menschen mit dem Notwendigsten zum Ziel macht. Der Kleinbauer ist Proletarier und es ist die Aufgabe des Großagrariers, in seinem Interesse ihn dienstbar zu machen, in ihm antisoziale Instinkte zu wecken, die aber im Laufe der Entwicklung überwunden werden. Das sozialistische Agrarprogramm will ja nicht, daß der arbeitende Kleinbauer nicht den Preis für seine konstruktive Arbeit erhält; es will nur nicht, daß er ihn auf Kosten der Konsumenten erhält, sondern auf Kosten der wucherischen Zwischenhandels, auf Kosten jener Faktoren, deren Bekämpfung eine Aufgabe des Sozialismus ist, zu der wir Sie zur Mitarbeit bisher immer vergeblich eingeladen haben. Das sozialistische Programm ist vor allem ein Programm der Produktionssteigerung, der Rationalisierung, der vernünftigen Behandlung der Produktion, der Verbilligung der Ware und Verbesserung der Preise. Ein Programm, in dem der Weg zwischen Produzenten und Konsumenten verkürzt wird.

Durch Herstellung einer Beziehung zwischen den wirtschaftlich produktiven Genossenschaften und den städtischen Konsumgenossenschaften wird den Produkten der Landwirtschaft viel mehr garantiert in Bezug auf die Erhöhung der Preise ihrer Produkte und die Verbesserung ihrer Lage als durch alle Versuche, die Sie vom zollpolitischen Standpunkt machen.

Wir wollen, daß die produktiven Kräfte, die in der Gesellschaft schlummern, zur vollen Entfaltung gebracht werden. Wir wollen, daß die Ursachen des Zerfalls der Wirtschaft beseitigt werden.

### Der Gegensatz zwischen proletarischer und bürgerlicher Agrarpolitik

besteht darin, daß die bürgerliche Agrarpolitik eine Erhöhung der Preise der agrarischen Produkte für Arbeiter und Angestellte und Beamte will. Sie geht auf die Schädigung des Stadtvollkes aus, sie

schafft den Kampf durch die Zollpolitik zwischen städtischer und ländlicher Bevölkerung.

Die sozialistische Agrarpolitik will eine Steigerung der Produktivität der Arbeit, vor allem eine größere Ernte bei gleichem Arbeitsaufwand und auf diese Weise auch Steigerung der Produktion, Verbesserung der Wirtschaftslage auch der landwirtschaftlichen Bevölkerung, bessere Lebensmittelversorgung der Stadt, eine größere Kaufkraft der Bevölkerung für die Industrie...

Der Bericht des Ausschusses, den wir gestern erhalten haben, bezieht sich all der abgebrachten Sophismen, Statistiken, Zahlen über das Sinken der Agrarpreise; zum Vergleich nimmt der Bericht die Preise in jenen Jahren, in denen sie am höchsten waren. Aber sie müssen nicht bloß eine Relation herstellen mit den Preisen, als sie am höchsten standen, sondern mit jenen, als sie am niedrigsten standen, um die Beweislast dessen, was Sie behaupten, zu erhöhen.

Industriezölle,

in der Frage der Erleichterung der Lebenshaltung der gesamten bürgerlichen Bevölkerung werden Sie uns, wenn Sie diesen Kampf ernst führen, auf Ihrer Seite finden. Aber Sie führen ihn nicht ernstlich;

überall wo die Schutzpolitik besteht, haben wir ein enges Bündnis zwischen Großagrarier und Großindustriellen.

Daher erweist sich auf Grund der gesamten Praxis und Erfahrungen die Behauptung, daß

Sie die Lebenshaltung der agrarischen Bevölkerung durch Bekämpfung der Industriezölle erleichtern wollen, auf Grund der Praxis als eine Unwahrheit.

Ihr Kampf für die Zölle fällt aber mit anderen ähnlichen Bestrebungen in diesem Staate zusammen. Gestern kam im Abgeordnetenhaus bereits eine Vorlage über die Erhöhung der Zuckerpriese und der Spirituspreise heraus und alle diese Dinge zusammen sind mit der Zollpolitik geeignet, die Lebenshaltung der arbeitenden Schichten außerordentlich zu erschweren und zu verschlechtern.

Einzelne von ihnen haben ja schon ein bißchen ein böses Gewissen und hoffen durch ein Kompromiß in bezug auf den Koeffizienten die Sache nicht so schrecklich werden zu lassen.

Ich kann Ihnen am Schlusse nur sagen: Wie auch immer die Verhandlungen zwischen Dr. Hodas und Dvoráček ausgehen mögen, wir deutsche Sozialdemokraten werden in Wahrheit und in Vertretung der von uns zu betreuenden arbeitenden Schichten nicht bloß gegen die Schutzpolitik protestieren, die geeignet ist, zur Vergrößerung des sozialen Elends beizutragen, sondern wir protestieren auch auf das allerentschiedenste gegen jeden Versuch, die Entscheidung über das Geschäft der Zölle aus dem hellen Licht der parlamentarischen Behandlung in das Halbdunkel der Regierungsverordnung zu verlegen. Wir werden gegen den Antrag Donat stimmen und werden auf das leidenschaftlichste gegen diesen neuen unerhörten Anschlag auf das Lebensniveau der arbeitenden Massen kämpfen. (Starker Beifall.)

# Deutsches und tschechisches Bürgertum für Agrarzölle.

Der Antrag Donat im Senat mit 76 gegen 62 Stimmen angenommen.

Prag, 19. Mai. Im Senat wurde heute in vielstündiger Sitzung die Debatte über den Antrag Donat zu Ende geführt. Die bürgerliche Mehrheit hat im Plenum genau so funktioniert wie in den Ausschüssen. In später Nachtstunde wurde die Abstimmung vorgenommen, wobei sich für den Antrag Donat im entscheidenden ersten Abjah (sechsfache Getreidezölle) 76, gegen diesen 62 Senatoren erhoben. Freilich ist die Annahme des Antrags vorläufig nur eine Demonstration der bürgerlichen Parteien. Ueber die Höhe der Zollkoeffizienten wird, wie wir an anderer Stelle berichtet, verhandelt. Die Lehre aus der Debatte wird auch die deutsche Bevölkerung, welche die volksfeindlichen bürgerlichen Parteien einmal im wahren Lichte gesehen hat, ziehen müssen.

An der Debatte, die stellenweise sehr interessant war, beteiligten sich mehr als 20 Redner. Immer wieder kam es zu Zusammenstößen zwischen den sozialistischen und bürgerlichen Senatoren. Einmal waren es unsere Genossen, welche den Eigennutz des Bundes der Landwirte und die heuchlerische Demagogie der Deutschbürgerlichen Brandmarkten, ein andermal wieder kam es zwischen den tschechischen sozialistischen Parteien und den bürgerlichen Parteien ihrer Nation zu Zusammenstößen. Das Bild war ein anderes, als man es aus den beiden Säulern des tschechoslowakischen Parlaments gewohnt ist. Sonst standen die Vertreter der Nationen gegeneinander, diesmal waren es die Vertreter der Besitzenden und Besitzlosen Klassen, welche miteinander rangen. Obwohl man an die Dauer dieser gegenwärtigen Konstellation im Parlament keine großen Hoffnungen setzen darf, der Klassengegensatz bricht sich auch in dem von Nationalitätenkämpfen erfüllten Lande Bahn. Diese Entwicklung kann verzögert, unterbrochen, aber nicht aufgehoben werden.

Großes Interesse weckte im Hause die mehr als einstündige Rede unseres Genossen Polach, der Zuhörer aus den Reihen fast aller tschechischen und deutschen Parteien fand. In klarem Aufbau und mit logischer Schärfe, wie das die Arbeiter unseres gesamten Organisationsgebietes an den Reden des Genossen Polach schätzen, verpflückte der Redner die Argumente der Agrarier und ironisierte in bittiger Weise die volksfeindliche Haltung der deutschbürgerlichen Parteien in dieser für die breiten Massen der Bevölkerung so wichtigen Frage. Mit großem Ernst behandelte der sozialdemokratische Redner die allgemeine Lage der Landwirtschaft und wies nach, daß die Forderung nach Agrarzöllen nicht die notwendige Folge der gegenwärtigen Getreidepreise, sondern der nach den Wahlen vom 15. November gelegenen Macht der bürgerlichen Parteien ist. In wirkungsvoller Weise stellte Gen. Polach der Demagogie der Agrarier die Stimme der Wissenschaft gegenüber und wies nach, daß nicht nur bedeutende National-

ökonomien wie Brentano, Harms und Hilferding, sondern auch die anerkannten Theoretiker der deutschen Agrarwissenschaft wie Aereboe und Sering die Agrarzölle nicht als Mittel der Hebung der landwirtschaftlichen Produktion ansehen. So zeigte der sozialdemokratische Redner die ganze Frage im Lichte der Zukunft auf, der Zukunft unserer Wirtschaft ebenso wie der unserer Bevölkerung. Ebenso glücklich wie der Redner in der Polemik gegen seine zahlreichen Zwischenrufer war, welche die gründliche Art des Genossen Polach sichtlich unangenehm berührte, war unser Genosse zum Schlusse in der positiven Darstellung des sozialdemokratischen Agrarprogrammes, das er als ein Programm der Förderung und Intensivierung der landwirtschaftlichen Produktion bezeichnete. Dieses Programm könne nur verwirklicht werden durch die gemeinsame Arbeit der arbeitenden Massen in Stadt und Land.

Lebhafter Beifall der sozialistischen Parteien des Hauses lohnte die Ausführungen des Redners, die ein wissenschaftlicher Vortrag über das Agrarproblem waren und an den die Reden der deutschbürgerlichen Senatoren nicht im Entferntesten heranreichten.

Auch die tschechischen Sozialdemokraten schätzten gute Redner ins Treffen, welche die Schädlichkeit der Agrarzölle überzeugend nachwiesen. Vom Standpunkt des Industriearbeiters zeigte Senator Dondr die Gefahren auf, welche von der Einführung der Agrarzölle unserer Industrie drohen, aus der Kenntnis der landwirtschaftlichen Verhältnisse heraus bewies Senator Petřil, daß dem Großteil der Landbevölkerung mit den landwirtschaftlichen Zöllen nicht geholfen werden könne.

Als zweiter deutscher Sozialdemokrat beschloß Genosse Starl den Reigen der Debatte. Er sagte noch einmal die Argumente der sozialistischen Parteien gegen die Agrarzölle zusammen. Nachher sprachen noch die Referenten, worauf die Abstimmung vorgenommen wurde. Die Sitzung wurde in später Nachtstunde geschlossen.

Der erste Redner in der Debatte über die Zollfrage ist der tschechisch-merilale Dr. Karas. Nach ihm spricht unser Genosse Polach, dessen Rede wir an anderer Stelle bringen. Der slowakisch-merilale Senator Podoba behauptet, daß der Zollschutz für den slowakischen Bauern notwendig sei. Daß die slowakischen Arbeiter unter den höheren Zöllen leiden würden, darüber verliert der Redner kein Wort.

Sen. Cipeřa (tschech. Nat.-Soz.) weist mit Recht darauf hin, daß die kleineren Grundbesitzer das Getreide der vorjährigen Ernte bereits verkauft haben und daß die augenblickliche Einführung hoher Getreidezölle bloß den Großgrundbesitzern und Getreidepekulanten zugute käme. Ein Blick in die Statistik lehrt, für wessen Interesse die Anhänger des Antrages Donat kämpfen. In Böhmen, Mähren und Schlesien gibt es 1.480.000 Bodenbesitzer, von denen 667.526 nur bis 1/2 Hektar Bodens besitzen. Diese müssen Mehl-

kaufen, für sie und ihre Familien allein würde der Mehlzoll von 90 Hektern eine Mehrbelastung von mehr als einer Million Kö bedeuten. Aber auch die Bodenbesitzer bis zu 5 Hektar, deren es in Böhmen, Mähren und Schlesien 104.000 gibt, haben kein Interesse an Getreidezöllen, denn wenn sie auch kein Mehl einkaufen müssen, so können sie auch keines verkaufen. Redner verweist auch darauf, daß die Kleinbesitzer bei der Bodenreform übergegangen wurden.

Während der folgenden demagogischen Rede des tschechischen Agrariers Sechřt kommt es zu heftigen Auseinandersetzungen des Redners mit den Senatoren der tschechischen sozialistischen Parteien.

Namens der Kommunisten erklärt Senator Sture, daß niemand die Arbeiterschaft vom Nutzen der Getreidezölle überzeugen werde. Wenn im alten Oesterreich landwirtschaftliche Zölle gewesen sind, müßten sie noch nicht bei uns sein. Oesterreich hatte große landwirtschaftliche Produktionsgebiete in Ungarn und Galizien, wir besitzen solche Ueberschußgebiete nicht. Die Einführung von Getreidezöllen würde die Ruhe in der Republik gefährden, den Wohlstand der Bevölkerung senken, der Konkurrenzfähigkeit der Industrie Abbruch tun.

Sen. Dr. Stolberg (d. Christ.-Soz.) erklärt, seine Partei betrachte die Frage der Zölle nicht als politische, sondern als rein wirtschaftliche Frage. Wir müssen feststellen, daß die gleitenden Zölle sich nicht bewährt haben und daß von ihnen mehr der spekulative Handel als die Landwirtschaft profitiert hat. Die Festsetzung eines durchgehenden Koeffizienten 6 scheint uns nicht die richtige Lösung zu sein. Zwischen dem Getreide- und Mehlzoll ist eine gewisse Spannung notwendig. Ebenso können wir mit gutem Recht auf einen höheren Koeffizienten für Vieh rechnen. (Die Christlichsozialen wollen also noch höhere Zölle, als sie der Antrag Donat fordert.) Wenn die Produktion den Bedarf deckt, werden die Zölle überhaupt keinen Einfluß haben. (Das ist eben nicht der Fall, müssen wir doch ein Drittel des Weizenbedarfes einführen.) Wir werden für die Zölle stimmen, hinsichtlich der Koeffizienten aber können wir heute keine Erklärung abgeben, und behalten uns die Stellungnahme vor. (Die Christlichsozialen wissen also noch immer nicht, was sie tun werden.)

Geradezu köstlich war der Vortanz, den der Führer der Deutschen Nationalpartei im Senate Dr. Brunar aufführte. Zuerst trat er für die Agrarzölle ein, als ob er ein waschechter Agrarier wäre. So sagte er: „Durch Einführung von Schutzzöllen sollen die Marktpreise auf eine Höhe gebracht werden, welche die Arbeit der Landwirte lohnend macht. Wir müssen verlangen, daß auch unsere Viehzucht durch Einführung von geeigneten Zollmaßnahmen entsprechend geschützt werde.“ Ob das wohl im Interesse der meist städtischen Wähler des deutschnationalen Senators liegt? Um aber die Konsumenten nicht ganz zu verschmühen, stimmt die Partei des Redners gegen den Antrag Donat, aber nicht etwa, weil die Zölle schädlich sind, sondern um nicht die Neubildung der alten Koalition zu fördern. Zum Schluß bat der tapfere Teufel die deutschen Agrarier deshalb förmlich um Entschuldigung, indem er der Hoffnung Ausdruck gab, daß die deutschen Landwirte die Haltung der Deutschen Nationalpartei verstehen werden!

Einen nicht sehr glücklichen Tag hatte Senator Böhr (D. Chr. Soz.), der der Frage des Zollschutzes dadurch auszuweichen suchte, indem er meinte, die Höhe der Zollkoeffizienten sei mehr „technischer Art“. Nur leider werden die Arbeiter diese Art Technik am Leibe sehr verspüren. Sehr bedrängt wird Böhr von unseren Genossen, da er Zitate sozialdemokratischer Schriftsteller anführt, da gerade diese Zitate dagegen sprechen, daß die Zölle das Allheilmittel für die Landwirtschaft sind. Insbesondere die angeführten Zitate von Friedrich Engels wiesen ein so fürchterliches Deutsch auf, daß unsere Genossen, vor allem Dr. Heller, Niehner und Polach, mit Recht die genaue Wiedergabe der Zitate bezweifeln konnten.

Senator Hampl (Komm.) führt aus, daß der Preis des Getreides im Verhältnis zur Vorkriegszeit durchaus kein niedriger sei. Der Weizen ist achtmal, das Korn ebenfalls achtmal, die Gerste sechsmal, der Hafer achtmal so teuer, was zur Deckung der Produktionskosten vollkommen genügt. Wenn die Zölle zur Einführung gelangen, werden auch die Preise der Futtermittel steigen, wovon hauptsächlich die kleinen Landwirte betroffen sein werden. Dadurch werden sich also die Verhältnisse für den Kleinbauern verschlechtern. Durch die Steigerung unserer Getreidezölle werden die fremden Staaten ihre Industriezölle erhöhen, was den versteckten oder offenen Zollkrieg zur Folge haben wird.

Der tschechische Sozialdemokrat Dondr weist Punkt für Punkt die Unrichtigkeit der Argumente der Zollfreunde nach. Die Klagen der Landwirte über die sozialen Lasten zeugen von deren Unverständnis der Aufgaben des heutigen Staates. Durch die Sozialpolitik zahlt der Staat nur einen Teil dessen, was er der Arbeiterschaft schuldig ist. Die Behauptung, daß durch die Agrarzölle auch den Arbeitern geholfen werde, ist eine Heuchelei. Die Industrie muß sich auf dem Weltmarkt behaupten, das aber kann nur durch billige Preise geschehen. In einer Zeit des Niederganges unserer Ausfuhr bedeutet die Erhöhung der Getreidezölle und damit der Produktionskosten eine fürchterliche wirtschaftliche Gefahr. Der Redner warnt die bürgerlichen Parteien vor den Folgen einer Majorisierung der Sozialisten in der Frage der Zölle; sie mögen an die Mehrheit für das nächste Budget denken.

Nach dem Senator Miller (Nat. Dem.) spricht der Kommunist Stalal. Er weist auf die politische Seite des zur Debatte stehenden Antrages hin, daß nämlich die Beratung über die Zölle zur Scheidung der Parteien nach den Klassen, die sie vertreten, geführt hat. Die Zölle sind der Schutz für die Ausbeutung der Bevölkerung. Die Agrarier wollen, durch den Zoll geschützt, ein Privatmonopol auf dem Getreidemarkt aufrichten und dadurch einen Uebergewinn erzielen.

Eine von Sachkenntnis getragene temperamentvolle Rede gegen die Getreidezölle hielt der tschechische Sozialdemokrat und Führer der westböhmerischen Landwirte Senator Petřil. Die Agrarpartei hazardiert durch ihr Vorgehen mit dem ganzen Parlamentarismus. Der Redner weist darauf, daß die tschechische Agrarpartei heute eine andere sei als vor dreißig Jahren. Sie ist keine rein landwirtschaftliche Partei, sondern beherrscht die Zucker-, die Spiritus- und die Brauindustrie, sie hat im Maschinenfabriken und Bergwerken Einfluß. Die Landwirtschaft hatte in den letzten elf Jahren sehr gute Zeiten, die Vorkriegsschulden wurden mit entwertetem Geld zurückgezahlt. In eingehender Weise legte Petřil dar, daß die Kleinlandwirte an den Agrarzöllen kein Interesse haben.

Sodann sprachen die Senatoren Diefnit (tsch. Agrarier) Plamínova (tsch. Nationalsoz.), Tefčner (deutscher Nationalsoz.) und Tars (tschech. Gewerdepartei), und unser Genosse Starč, der die Ausführungen des Genossen Polach in einigen Punkten wirkungsvoll ergänzte, und dessen Rede wir nachtragen werden.

Sodann erfolgte die Abstimmung. Auf Antrag der Deutschnationalen wurde über die beiden Abjäh des Antrages Donat einzeln abgestimmt. Auf Antrag des Genossen Dr. Heller wird das Stimmenverhältnis konstatiert. Der erste Abjah des Antrages (sofortige Aufhebung der gleitenden Zölle und Einführung sechsfacher fester Zölle) wird mit 76 zu 62 Stimmen, der zweite (Ausarbeitung eines neuen Zolltarifs) mit 80 zu 57 Stimmen angenommen.

## Der Kongruaparagraph als Hindernis.

Die Schwierigkeiten in der Koalition bestehen weiter. Niederstimmung aller Änderungsanträge.

Prag, 19. Mai. Die Beratungen des sozialistischen Ausschusses über die Staatsbeamtenvorlage gehen heute bis zum Paragraph 165. Außerlich bildet die Koalition eine feste Einheit, die sämtliche noch so begründeten Änderungsanträge der Opposition wie in den Zeiten ihres festesten Zusammenhanges ablehnt. Von den angeblichen Änderungen und Verbesserungen, deren Bekanntheit sich der Referent Malik bei den einzelnen Paragraphen vorbehalten hat, war auch heute, wo die Verhandlungen doch schon ziemlich weit fortgeschritten sind, noch nichts zu bemerken. Es zeigt sich vielmehr, daß die Koalition die Vorlage in ebebenfallsiger Fassung zu verabschieden gewillt ist, die von den einzelnen Parteien der Koalition schon vor langen Monaten als völlig indiskutabel abgelehnt wurde.

Diese anscheinende Annäherung der Koalitionsparteien stößt allerdings noch auf ein großes Hindernis, dem die Koalition augenblicklich noch ratios gegenübersteht: es sind dies die Paragraphen 211 und 213 der Vorlage, die über die Regelung der Kongrua und über die Anwendung der Vorlage auf die Selbstverwaltungskörper handeln. Hier waren alle bisherigen Verhandlungen ergebnislos; allem Anscheine nach wird es auch noch hartes Kopfzerbrechen kosten, bis auch hier ein rettendes Kompromiß gefunden sein wird. Vorläufig sind vor dem Paragraph 211 noch eine ganze Reihe von Paragraphen zu verabschieden, die, um Zeit zu gewinnen, mit einer sonst ungewohnten Gründlichkeit behandelt werden.

Die heutige Sitzung des sozialpolitischen Ausschusses brachte zunächst eine größere Debatte über die Bezüge der Staatsangestellten und -bediensteten, wobei unsere Vertreter, die während der ganzen Verhandlungen gemeinsam mit den Kommunisten vorgehen, den Standpunkt verteidigten, daß die Kategorie 3 eliminiert werde, es nur bei einer Einteilung aller Staatsangestellten in zwei Gruppen bleiben soll. Alle diesbezüglichen Anträgen blieben erfolglos. Selbst als Genosse Taub den seinerzeit von dem Nationaldemokraten Ravnatil vorgebrachten Vorschlag auf Erhöhung des Gehaltszuschlages von 600 auf 8500 Kronen brachte, verfiel er demselben Schicksal.

Bei der Erörterung der Aktivitätszulagen der Staatsbediensteten stellten unsere Genossen den Antrag auf Abschaffung der letzten Gruppe D. Hier konnte nur das eine Zugeständnis erzielt werden, daß diejenigen Bediensteten der Gruppe D, welche Kinder auswärts zum Studium haben, ausnahmsweise in die Gruppe C eingereiht werden. Weitere Anträge des Genossen Taub gingen darauf hinaus, für jedes Kind als Erziehungsbeitrag 1800 Kronen auszusparen und die Urlaube, die bei einigen Kategorien um eine Woche verkürzt werden sollten, in ihrem bisherigen Ausmaß aufrecht zu erhalten.

Bei der Verhandlung des 3. Kapitels über die Staatslehrpersonen beantragten unsere Genossen wiederum, daß hier auch die Volks- und Bürgerschullehrer, deren Bezüge die Regierung in einem besonderen Gesetz regeln will, einbezogen würden, um so die volle Parität der Lehrer mit den übrigen Beamtengruppen zum Ausdruck zu bringen. Zum 5. Kapitel (Gemeinsame Bestimmungen) brachte Genosse Grünzner gemeinsam mit der Kommunistin Banaštychova den Antrag auf völli-

lge Gleichstellung der weiblichen Staatsangehörigen mit den männlichen und auf entsprechenden Schutz der weiblichen Angestellten im Falle der Schwangerschaft ein. Doch auch diese Anträge verfielen der Ablehnung. Im Gegenzug wurde ausdrücklich ein Abzug in den Paragraph 144 eingeschoben, wonach weiblichen Angestellten ein Anspruch auf Erziehungsbeiträge für Kinder nicht gebührt. Selbst der Antrag, daß den Vollwaisen nach weiblichen Staatsangehörigen dieselben Versorgungsansprüche zugewilligt werden wie jenen nach männlichen, wurde abgelehnt und die

Beratungen des Ausschusses schließlich auf Donnerstag, den 20. Mai, 9 Uhr vormittags, vertagt. Der landwirtschaftliche Ausschuss des Abgeordnetenhauses sollte heute die Beratung der Zollvorlage beginnen; die Opposition war vollständig erschienen, doch wurde die Sitzung nicht ausgenommen mit der etwas fadensteinigen Ausrede, daß der Referent nicht erschienen sei; der Vorschlag des Genossen Schweighart, dann eben einen anderen Referenten zu bestimmen, fand kein Gehör. Wahrscheinlich sind wieder einmal gewisse Punkte innerhalb der Koalition auf dem toten Punkt angelangt.

### Telegramme.

#### Die Regierungserklärung Marx.

Berlin, 19. Mai. (Eigenbericht.) Die vom Reichskanzler Marx in der heutigen Reichstags-Sitzung abgegebene Regierungserklärung war kurz und wenig belegend. Der Kanzler erklärte, daß die jetzige Regierung eigentlich die Fortsetzung der früheren Regierung sei und daß es sich deshalb erübrige, bei dieser Gelegenheit noch viel zu sagen. Zwei Punkte betonte er besonders. Die eine betrifft die Flaggenfrage: Die Regierung wolle entsprechend einem kürzlich im Reichstag angenommenen Antrag einen Ausschuss einberufen, der die Flaggenfrage endgültig regeln soll. Im übrigen aber solle die Verordnung des Reichspräsidenten, da sie gesetzmäßig erlassen worden sei, durchgeführt werden. Zur Frage des Volksentscheids meinte der Kanzler, daß die Regierung auf dem Standpunkte stehe, daß der Volksentscheid durchzuführen sei. Aber sie lege Wert darauf, daß das Abfindungsgesetz, das dem Reichstag auf Grund des von den Regierungsparteien abgeschlossenen Kompromisses vorgelegt werden soll, bald durchberaten werde. Die bisherige Außenpolitik solle weitergeführt werden.

Der Redner der Sozialdemokratie, Genosse Hermann Müller, erklärte dazu, daß die Sozialdemokratie in der Flaggenfrage nur einer Regelung zustimmen werde, die die bisherige Reichsflagge Schwarz-Rot-Gold beibehalte und es den ausländischen Vertretungen durch ein Gesetz zur Pflicht mache, nur die Reichsflagge zu zeigen. Einen entsprechenden Antrag habe die Fraktion bereits eingebracht. Im übrigen werde die Sozialdemokratie die Regierung so lange unterstützen, als sie auf dem Boden der heutigen Erklärung stehe, also die Außenpolitik im Sinne der Locarno-Verträge führe und im Innern eine Politik betreibe, die den Interessen der arbeitenden Bevölkerung Rechnung trägt.

Somit war die Aussprache der Parteien nur kurz. Die Deutschnationalen erklärten, daß sie der Regierung kein Vertrauen aussprechen könnten, weil sie von der Sozialdemokratie abhängig sei und außerdem werden sie die Regierung auch nicht unterstützen, wenn sich die Sozialdemokratie ihr einmal vertragen sollte. — Die Kommunisten und Bäckischen hatten Mißtrauensanträge eingebracht, die aber nicht zur Abstimmung kamen, weil ein Antrag der Regierungsparteien angenommen wurde, nach dem der Reichstag die Erklärung der Regierung zur Kenntnis nimmt und über die anderen Anträge zur Tagesordnung übergeht.

Nach zweieinhalbstündiger Dauer vertagte sich der Reichstag bis Anfang Juni.

#### Der Sturz des französischen Franc.

100 Francs = 96% Kf.

Der Pariser Franc stürzt weiter. Gestern stand er in Prag auf 96%. Der belgische Franc schloß bei 98%, der polnische Zloty sank auf 272. Die Lira hat sich bei 131 neuerdings befestigt.

#### Die Streiklage in England.

London, 19. Mai. (M.) Bei der heutigen Vormittags-Sitzung des Exekutiv-Ausschusses der Bergarbeiter-Föderation wurden die Regierungsvorschläge von neuem geprüft. Der Ausschuss bereitet sein Gutachten für die morgige ganzstaatliche Delegiertenkonferenz vor. Wenn die morgige Konferenz die Entscheidung zur Abstimmung in die einzelnen Bezirke verweisen würde, müßten die Delegierten entscheiden, ob der Streik in den Kohlengruben weiter andauern soll, oder dem Exekutiv-Ausschuss die Vollmacht erteilen, die Verhandlungen ohne vorherige Beschlüsse in der Frage der Löhne und der Arbeitszeit von neuem zu eröffnen.

Als jetzt wurde noch keine weitere Sitzung zwischen der Regierung und den Bergarbeiter-Delegierten oder den Bergwerksbesitzern bestimmt. Der verhandelnde Ausschuss des Ministerrates hat seine Bereitwilligkeit ausgesprochen, zu jeder Zeit mit einer der Parteien zu verhandeln.

#### Ruhe in Polen.

Warschau, 19. Mai. Die neue Regierung arbeitet bereits vollkommen normal, da im Lande völlige Beruhigung eingetreten ist. Der Ministerrat nahm gestern das Referat des Innenministers über die Befragung der Provinz entgegen. Der Tag für den Zusammentritt der Nationalversammlung wurde noch nicht bestimmt, da Sejmarschall Rataj leicht erkrankt ist. Die Regierung hat die Pressezensur aufrecht erhalten. Die Maßnahmen zur Beruhigung aufrecht erhalten.

#### Mußolinis „Gewerkschafts“-Reform.

Rom, 19. Mai. Nach der „Tribuna“ hat der Ministerrat das Gesetz über die Reorganisation der Gewerkschaften und die Arbeitsschiedsgerichte endgültig aufgegeben. Es werden daher in Italien fünf nationale Gewerkschaftsverbände bestehen,

und zwar folgende Arbeitgeberverbände: Industrie, Ackerbau, Handel, Seetransport, Landtransport und Banken; ferner Arbeitnehmerverbände, die denjenigen der Arbeitgeberverbände entsprechen. Endlich drei Verbände der freien Berufe der Künstler und Handwerker. Nach der „Tribuna“ wird bei den Arbeitsschiedsgerichten auch der Staatsanwalt unter gegebenen Umständen die Anklage erheben können, wenn es das öffentliche Interesse erheischt. Gegen die Urteile dieser Schiedsgerichte werden keine Berufungen zulässig sein.

#### Tort mit dem Pakzwang!

##### Die Richtlinien der Genfer Paktkonferenz.

Genf, 18. Mai. Nach achttägiger Dauer hat heute die zweite internationale Paktkonferenz ihre Arbeiten abgeschlossen. Das Ergebnis der Konferenz wurde in einer Reihe von Empfehlungen und Wünschen niedergelegt, die jedoch infolge der verschiedenartigen Verhältnisse in den einzelnen Ländern sich auf die Angabe allgemeiner Richtlinien beschränken mußten. Die allgemeine Abschaffung des Pakzwanges wurde u. a. von England und den USA bestritten. Die Konferenz konnte infolgedessen nur den Abschluß von zwischenstaatlichen Verträgen empfehlen, wie sie bereits zur Erleichterung des Grenzüberganges zwischen verschiedenen Staaten bestehen. An dem in England, Frankreich, Deutschland und Österreich eingeführten Paktsystem, das den Vorschlägen der ersten internationalen Paktkonferenz entspricht, sollen noch weitere Verbesserungen angebracht werden, wobei die Konferenz der Ansicht ist, daß auf Grund einer Reihe von Vorschlägen ein einheitliches internationales Paktsystem geschaffen werden könnte. Die Formalitäten für die Ausstellung der Pässe und Sichtvermerke sollen möglichst vereinfacht werden. Die Dauer der Pässe soll auf sechs Jahre, die der Sichtvermerke auf zwei Jahre ausgedehnt werden. Der Paß soll möglichst für das ganze Ausland gültig sein. Die Paßgebühren sollen keine aktive Einnahmsquelle für den Staat bilden. Die Ausgabeweise sollen allgemein abgeschafft werden. Die Aushebung des Sichtvermerkes für Einreisen oder den Transit erscheint unter den heutigen Verhältnissen noch nicht möglich. Die Konferenz empfiehlt daher zwischenstaatliche Abmachungen, wie sie übrigens bereits zwischen einigen Staaten abgeschlossen wurden. Der Transitvisumvermerk soll die Möglichkeit eines beschränkten Aufenthaltes im Transitlande gestatten. Die Sichtvermerke sollen auf die Dauer ihrer Gültigkeit eine unbeschränkte Anzahl von Einreisen und Durchreisen ermöglichen. Die Gebühr für die Einreisefischvermerke soll 5 Goldfranken und für ein Dauervisum 10 Goldfranken nicht übersteigen. Bei der Gebührenerhebung soll kein Unterschied zwischen Reisenden verschiedener Staatsangehörigkeit gemacht werden. Außerdem sollen besondere Bedingungen für den teilweisen oder gänzlichen Erlaß der Paßgebühren festgesetzt und verschollene, aber unbenutzt gebliebene Sichtvermerke kostenlos erneuert werden. Die Kontrolle beim Grenzübergang soll möglichst in den Jagen selbst und unter weitgehender Berücksichtigung der Bequemlichkeit der Reisenden erfolgen. Die Konferenz mußte auf die Einführung eines besonderen Identitätsfestes für Auswanderer zunächst noch verzichten, betonte aber die Notwendigkeit, den Durchgangsverkehr für Auswanderer nach der Uebersee in allen europäischen Staaten möglichst zu erleichtern. Sachverständige der interessierten Staaten sollen in Verbindung mit dem Völkerbunde zu diesem Zwecke einen Entwurf ausarbeiten, der die Einführung besonderer Transitarten für Auswanderer vorsieht. Schließlich hat sich die Paktkonferenz entsprechend einem deutschen Antrage für gewisse Erleichterungen zugunsten der Staatenlosen ausgesprochen. Im Völkerbunde sollen Verhandlungen eingeleitet werden, durch die international anerkannte Identitätsausweise für Staatenlose geschaffen werden sollen.

Der Pariser Franc stürzt weiter. Gestern stand er in Prag auf 96%. Der belgische Franc schloß bei 98%, der polnische Zloty sank auf 272. Die Lira hat sich bei 131 neuerdings befestigt.

London, 19. Mai. (M.) Bei der heutigen Vormittags-Sitzung des Exekutiv-Ausschusses der Bergarbeiter-Föderation wurden die Regierungsvorschläge von neuem geprüft. Der Ausschuss bereitet sein Gutachten für die morgige ganzstaatliche Delegiertenkonferenz vor. Wenn die morgige Konferenz die Entscheidung zur Abstimmung in die einzelnen Bezirke verweisen würde, müßten die Delegierten entscheiden, ob der Streik in den Kohlengruben weiter andauern soll, oder dem Exekutiv-Ausschuss die Vollmacht erteilen, die Verhandlungen ohne vorherige Beschlüsse in der Frage der Löhne und der Arbeitszeit von neuem zu eröffnen.

#### Die Streiklage in England.

London, 19. Mai. (M.) Bei der heutigen Vormittags-Sitzung des Exekutiv-Ausschusses der Bergarbeiter-Föderation wurden die Regierungsvorschläge von neuem geprüft. Der Ausschuss bereitet sein Gutachten für die morgige ganzstaatliche Delegiertenkonferenz vor. Wenn die morgige Konferenz die Entscheidung zur Abstimmung in die einzelnen Bezirke verweisen würde, müßten die Delegierten entscheiden, ob der Streik in den Kohlengruben weiter andauern soll, oder dem Exekutiv-Ausschuss die Vollmacht erteilen, die Verhandlungen ohne vorherige Beschlüsse in der Frage der Löhne und der Arbeitszeit von neuem zu eröffnen.

Als jetzt wurde noch keine weitere Sitzung zwischen der Regierung und den Bergarbeiter-Delegierten oder den Bergwerksbesitzern bestimmt. Der verhandelnde Ausschuss des Ministerrates hat seine Bereitwilligkeit ausgesprochen, zu jeder Zeit mit einer der Parteien zu verhandeln.

#### Ruhe in Polen.

Warschau, 19. Mai. Die neue Regierung arbeitet bereits vollkommen normal, da im Lande völlige Beruhigung eingetreten ist. Der Ministerrat nahm gestern das Referat des Innenministers über die Befragung der Provinz entgegen. Der Tag für den Zusammentritt der Nationalversammlung wurde noch nicht bestimmt, da Sejmarschall Rataj leicht erkrankt ist. Die Regierung hat die Pressezensur aufrecht erhalten. Die Maßnahmen zur Beruhigung aufrecht erhalten.

#### Mußolinis „Gewerkschafts“-Reform.

Rom, 19. Mai. Nach der „Tribuna“ hat der Ministerrat das Gesetz über die Reorganisation der Gewerkschaften und die Arbeitsschiedsgerichte endgültig aufgegeben. Es werden daher in Italien fünf nationale Gewerkschaftsverbände bestehen,

## Festprogramm des Kreis-Arbeiterfestes in Teplitz-Schönbau.

### Samstag, den 22. Mai Nachmittags:

- 13 Uhr sämtliche Sportler, Spieler und alle bereits anwesenden Festgäste, Anabenbürgererschule, Allee-gasse, Teplitz, gestellt.
- 3 Uhr Abmarsch mit Musik zum Festplatz A. Dortselbst Begrüßung und Festeröffnung. Hierauf erfolgt Marsch zum Festplatz B, dortselbst um
- 14 Uhr Beginn aller leichtathletischen Wettkämpfe; besonders wird hier auf die Stafettenläufe verwiesen, die um 4 Uhr beginnen.
- 4 Uhr Auf Festplatz C (Weiskirchlich) zwei Fußballwettkämpfe.
- 8 Uhr Begrüßungsfeier in der Turnhalle, Königshöhe, Teplitz-Schönbau.

### Sonntag, den 23. Mai Vormittags:

- 10 Uhr bis 12 Uhr Empfang der Vereine und Organisationen.
- 10 Uhr Beginn der turnerischen Weh-kämpfe auf Festplatz B.
- 7 Uhr bis 10 Uhr Turnspiele um die Festmeisterschaft auf Festplatz C und Festplatz D (Setzenz).
- 10 Uhr Vereinswettkürnen, Festplatz B.
- 11 Uhr Aufmarsch zu den Massenproben der Turner, Turnerinnen und Schülerabteilungen auf Festplatz A.
- 11 Uhr Fußb-Wettkampf, Festplatz C.

### Nachmittags:

- 12 Uhr bis 1 Uhr Ausstellung des Festzuges in den bestimmten Straßen
- 1 Uhr Festzug durch die Stadt Teplitz-Schönbau.
- 3 Uhr Festplatz A, Beginn der Massenvorfürungen der verschiedenen Abteilungen mit Fahrendemonstration.
- 1 Uhr Massenchor der Arbeiter-Gesangvereine und Vorfürungen der Arbeiter-Radschüler.
- 1 Uhr bis 6 Uhr Riegen- und Pferdturnen, Sonderauführungen der Bezirke, Festplatz A.
- 4 Uhr bis 5 Uhr Festspiele am Festplatz B.
- 8 Uhr Festnummerje Turnhalle, Königshöhe, Teplitz, und Hotel „Imperator“ in Turn.

### Montag, den 24. Mai Vormittags:

- 7 Uhr bis 9 Uhr Rastball, Zwischenrunde, Festplatz A.
- 9 Uhr Fußballwettkampf, 1. gegen 7. Bezirk, Festplatz A.
- 10 Uhr bis 11 Uhr Rastball, Fortsetzung, Festplatz A.
- 9 Uhr bis 11 Uhr Zwischenrunde, Schlagball, Festplatz B.
- 7 Uhr bis 10 Uhr Festplatz D, Rastball, Jugendkämpfe, Entscheidung.

### Nachmittags:

- 1 Uhr bis 3.40 Uhr Entscheidungskämpfe im Schlagball, Faustball, Trommelball, Rastball, Festplatz A.
- 4 Uhr Fußballwettkampf, Bundesmeistertreffen Deutschland geg. Tschechoslowakei.
- 7 Uhr Feststränzen, Turnhalle, Königshöhe, und „Schöndruff“, Judmantel.

### Festplätze:

- Festplatz A: T. F. A.-Platz in Teplitz-Schönbau, Eichwälderstraße.
- Festplatz B: alter städtischer Spielplatz, drei Minuten vom Festplatz A, an der Losenstraße.
- Festplatz C: Gemeindefestplatz in Weiskirchlich, 20 Minuten vom Festplatz A.
- Festplatz D: Gemeindefestplatz Setzenz, 20 Minuten vom Festplatz A.

## Rundfunk für Alle!

Programm für morgen, Freitag.  
Prag: 11.30, 12, 14, 17.45, 18.15, 19.15, 22 R. drichten, 16.30 Konzert, 17.30 Kinderstündchen, 18.45 Vortrag, 19 Deutsche landwirtschaftliche Sendung Ing. Josef Wozat „Die wirtschaftliche Bedeutung der Schweinegucht“, 19.30 Konzert des Symphonie-Orchesters Otto Silhavy. — Brunn: 14.30, 18 Nachrichten, 17.40 Kinderstunde, 18 Landwirtschaft. Rundfunk, 18.20 Vortrag, 19 Konzert des Brünner Gesangvereines „Joerster“, 20 Konzert des Professoren-Trios des staatl. Konservatoriums. — Wien: 16.15 Konzert, 20.15 Volksstämmlicher Abend (C. M. Zieher). — Berlin: 17. Konzert, 20.30 Kammermusik von Haydn bis Schubert, 21.30 Die Stärkere (August Strindberg) — Der hinterhältige (Anselma Heine). — Leipzig: 16.30 und 17.30 Nachmittagskonzert, 18.30 Vespereben aus den Neuererzeiten. — Breslau: 16.30 Unterhaltungskonzert, 20.30 Städtischer Abend, Dichtung und Musik.

## Tagesneuigkeiten.

### Die Sioux-Indianer, die Neapolitaner und die latho. i. the Kirche.

Seit einiger Zeit regnet es wieder Wunder. Die Geschäfte der Kirche scheinen schlecht zu gehen, also muß sie wieder zu jenen Mitteln greifen, in denen ihr niemand Konkurrenz macht: Wunder. Die Sioux-Indianer, die Neapolitaner und die latho. i. the Kirche. Seit einiger Zeit regnet es wieder Wunder. Die Geschäfte der Kirche scheinen schlecht zu gehen, also muß sie wieder zu jenen Mitteln greifen, in denen ihr niemand Konkurrenz macht: Wunder. Die Sioux-Indianer, die Neapolitaner und die latho. i. the Kirche.

Der gegenwärtig dort weilende Kronprinz suchte in Begleitung des Erzbischofs und zahlreicher Monsignori den Dom, wobei er sich die im Dom schatz aufbewahrte kostbare Thebe mit dem petrobisch zweimal im Jahre lochenden Blute des heiligen Januarius, des Schutzpatrons der Stadt, zeigen ließ. In dem Augenblicke, wo dem Kronprinzen die Thebe gezeigt wurde, begann das heilige Blut urplötzlich aufzuschaumen und zu kochen. Alle Anwesenden waren überrascht und ergriffen. Das Blut kochte solange der Kronprinz im Dome war, um dann, als der Prinz den Dom verließ, sofort wieder zu erstarren. Dieses Ereignis wurde durch Extrablätter bekannt gemacht, und alle Glocken läuteten, und Kanonen donnerten. Das Volk ist in freudiger Erregung, da das Kochen des Januariusblutes als glückverheißendes Omen gilt.

Was der heilige Januarius nur gegen den Kronprinz haben mag, daß er das Blut just bei diesem Besuche aufschaumen läßt! In den Zeitungen steht, daß auch die Italiener Feuer einen sehr kalten Mai haben — und dennoch kocht das Blut! Da sieht also wahrscheinlich doch der Spiritus Januarii dahinter, der das Wunder bewirkt, und das ist halt doch noch etwas anderes als das Wunder von Konnersreuth. Den sudetendeutschen Kerzweibern wird aus Reid über die glücklichen Neapolitaner die Galle bersten. Und doch ist auch das noch nicht die beglückendste Meldung zu den christlichen Pfingsten. Die kommt aus Chicago, wo sich in einigen Wochen beim Eucharistischen Kongreß folgendes ereignen wird:

„Als eine der vielen, packenden Einzelheiten wird die Teilnahme der katholischen Sioux-Indianer am Kongreß und am eucharistischen Umzug gemeldet. Sie werden in ihren nationalen Trachten erscheinen und ihre Lager nach der Gewohnheit ihrer Vorfahren über Nacht im Freien unter Zelten aufschlagen.“

Hoffentlich zeigt in Chicago Gott der Herr den Indianern auch ein Wunder, damit man dann das Freudengeheul bis herüber hören kann. Angeblich sind die Sioux sogar noch empfänglicher als neapolitanische Beschwoerer und was die Heiligen anlangt, so werden sie doch zwischen einem Indianerhäuptling keinen Unterschied machen! Also heraus mit den Wundern, so lange der Vorrat reicht! Wir wollen inessen für jene Wunderzeit rüsten, in der alle Wunden sehend werden und die ganze Menschheit ihre Zelte im Freien aufschlägt.

### Das rote Wien und der Herr D. Weirauch.

Genosse Anton Spiegel schreibt uns: „Auch das war vorauszusehen, daß sich, ob meiner Vermessenheit, das Füllhorn kommunistischer Rosenamen über mich ergießen wird, weil ich es gewagt habe, an dem kommunistischen Dogma zu zweifeln. Da ich nun die Sitten und Gebräuche der kommunistischen Zeitungen und ihrer Hersteller zur Genüge kenne, konnte ich wohl etwas anderes nicht erwarten. Daß ich mich nun gerade mit dem Herrn Sekretär Weirauch von der A. P. C., der zu meiner Justifizierung ausersehen wurde, in eine zwecklose Polemik einlasse, wird er doch sicherlich nicht erwarten. Denn was bedeutet so ein sozialpatriotischer Fabriksvertrauensmann, gemessen an dem revolutionären Denkerhaupte des Herrn D. Weirauch! Deshalb will ich lediglich eine kleine Nichtachtung vornehmen, weil er sich zu der Behauptung verleiht, daß bei der Firma Schicht schon seit zwei Jahren keine Betriebsversammlung stattgefunden hätte. Laut der Beschlüsse der Vertrauensmänner bei dieser Firma, haben in diesem Zeitraum nur neun beratende Versammlungen stattgefunden, die allerdings der Herr D. Weirauch augenscheinlich verschlafen hat. Aber diese Kleinigkeit kann ja auch dem genannten Herrn im Drang seiner revolutionären Geschäfte entgangen sein, so daß ich, um der Wahrheit die Ehre zu geben, diese kleine Korrektur vornehmen muß, und ich bin sogar in der Lage, ihm die genauen Daten zu übermitteln. Ebenso verhält es sich haargenau mit dem Terror, den er mir in so liebenswürdiger Form andichtet. Was nun die britische Rußlandsdelegation und ihr Bericht anbelangt, so muß mir Herr D. Weirauch meinen Irrtum verzeihen; ich halte es da schon mit unserem Genossen Friedrich Adler, der auf diesen Bericht folgende treffliche Antwort gab: „Studienreisen“ in allen Ehren, aber es ist wirklich hoch an der Zeit, daß manche Genossen sich klarmachen, was der Unterschied ist zwischen den ersten Studien und blutigen Dilettantismus!“

Ein neuer Dolchstoß gegen die Dolchstoßlegende. „Zweigt um Zweige sich fallen — so könnten die völkischen Dolchstoßlegenden heute schon mit dem alten Borodin flagen. Denn kaum hält noch der morsche Stamm ihrer Legende selbst in den Köpfen der treuesten Ludendorff-Anbeter. Auf die Dauer läßt sich eine Geschichtsfälschung so großer Art wie die Dolchstoßlegende nicht aufrechterhalten. Anlässlich der Marineebatte im Reichstag hatte der Vizeadmiral a. D. Trotha erklärt, die Flottenaktion im November 1918 (die eine Rebellion der Admirale gegen die Reichsregierung darstellte und die Revolte der Matrosen auslöste) hätte Deutschland den Sieg bringen können. Er berief sich dabei auf ein Wort des englischen Politikers Churchill, der gesagt haben soll:

„Je weiter man hineinsieht in die Geschehnisse, um so klarer sieht man, an wie einem dünnen Seidenfaden die Entscheidung in den letzten Tagen hingehangen hat, und dieses Fädchen ist zu unzeren Gunsten gerissen, weil drüben die Stimmung des Volkes nicht zusammenhielt.“

Der Berliner „Vorwärts“ erkundigte sich bei dem Sekretär Churchills, wie es mit diesem Zitat stehe und erhielt folgende Auskunft:

1. Das Zitat, das Sie erwähnen, kommt in einem Zeitungsartikel vor, der wenige Wochen nach Beendigung des Krieges geschrieben wurde und im Sunday Pictorial vom 12. Januar 1919 erschienen ist. Der englische Text lautet wie folgt:

The more one knows about the struggle, the more one realises on what small, narrow, perilous margins our success turned.

(Je mehr man über den Weltkrieg erfährt, desto mehr begreift man, an welchem schmalen, knappen und gefährlichen Rand unser Sieg hingehangen hat.) Sie werden bemerken, daß die Worte „in den letzten Tagen“ zu Unrecht in die von Ihnen zitierte Version hineingeschoben worden sind.

Diese Bemerkung bezog sich nicht auf die Ergebnisse vom Oktober und vom November, sondern auf den Feldzug, der in den Jahren 1916 und 1917 in Deutschland zugunsten des uneingeschränkten U-Boot-Krieges geführt wurde. Der Entschluß zum rücksichtslosen U-Boot-Krieg brachte das Eingreifen der Vereinigten Staaten und war infolgedessen ein entscheidender Wendepunkt des Krieges.

2. Im Herbst 1918 war ein wichtiger Teil der amerikanischen Schlachtflotte zu der britischen Schlachtflotte und ihrem bereits sehr großen zahlenmäßigen Uebergewicht gestoßen. Eine einfache Aufzählung der Schlachtschiffe vom Ueberdreadnoughttyp auf beiden Seiten offenbart den großen Stärkeunterschied — größer als zu irgendeiner Zeit während des Krieges —, der in dieser Schluphphase bestand.

Mr. Churchill hat mich ermächtigt, diese seine Ansicht, die rein persönlichen Charakter trägt, im Interesse der historischen Wahrheit zum Ausdruck zu bringen.

Schon durch diese Richtigstellung verkehrt sich der Sinn des Churchill-Zitates in sein gerades Gegenteil. Es zeigt sich, daß der wahre Dolchstoß gegen das deutsche Volk im Jahre 1917 von den Deutschen national und von den Generälen geführt wurde, so wie die demokratischen Kreise es immer behauptet haben. Der „Vorwärts“ fragte aber in einem zweiten Brief an, ob die Worte: „... und dieses Fädchen ist zu unzeren Gunsten gerissen, weil drüben die Stimmung des Volkes nicht zusammenhielt“, tatsächlich so gesprochen wurden. Churchill ließ antworten, daß diese Worte eine reine Erfindung seien und etwas Nechliches in dem ganzen Artikel nicht vorkomme. Der „Vorwärts“ bemerkt zu diesem Zeugnis: „Sind demnach aus dem ersten Brief hervor, daß Admiral v. Trotha einen Satz willfährlich durch die raffinierte Dinguisierung von vier kleinen Worten die Zweide der Dolchstoßlegende zurecht gemacht hätte, so zeigt der zweite Brief, daß er, um seine erste Fälschung plausibler zu machen, drei weitere Zeilen glatt hingebildet hat. Die Einschränkung, daß er „nur aus dem Gedächtnis“ zitiere, ist angesichts dieses Tatbestandes nur von geringer Bedeutung; denn er hat nicht „so ungefähr“ zitiert, wie man es manchmal aus dem Gedächtnis tut, ohne sich für jedes Wort verbürgen zu können, sondern er hat, unbekümmert um seinen Zeugniseid, einfach darauf auflosgedichtet. Nach diesen Feststellungen können wir es der öffentlichen Meinung überlassen, ein Urteil über die Gewissenhaftigkeit zu fällen, mit der jener frühere hohe Offizier der kaiserlichen Marine eideschworen hat, sobald die politische Leidenschaft sein Handeln mißbestimmt.“ — Auch unsere Völkischen gingen mit diesem oder einem ähnlichen Churchill-Zitat gern hauffieren. Nach der neuesten Auffassung des Herrn Jung kann der völkischen Wissenschaft eine solche Blamage allerdings nicht schaden. Wenn die Dolchstoßlegende hundertmal widerlegt wird, dann bleibt den Falentänzern noch immer der „Instinkt“, den sie über Jung's Anregung auf dem Schönberger Parteitag zur Grundlage ihrer Politik gemacht haben.

Das Feiertags-Chaos. Das Postministerium teilt mit: Am 24. Mai wird im Post-, Tele-, Graphen- und Telephonbetriebe wie an Feiertagen amtiert. Telegraphen- und Telephongebühren wie an Wochentagen.

Ein furchtbarer Wirbelsturm in Chicago. Ein Tornado richtete gewaltige Verheerungen in den südlichen Vorstädten Chicagos an. Auch der ganze Norden des Staates Illinois wurde schwer heimgesucht. Der Führer eines Postluftfahrzeuges wurde getötet. Ob Personen sonst ungelommen sind,

# Der ungarische Fälscher-Prozess.

## Schluß des Beweisverfahrens.

Budapest, 19. Mai. Innenminister Ivan Ralovszky wird über die vom Grafen Anton Szigray gemachten Aussagen einvernommen, wonach Windischgrätz behauptet hätte, der Innenminister sei an der Frankenfälschung beteiligt gewesen. Ralovszky erklärt mit Entschiedenheit, erst am 18. Dezember 1925 von den Fälschungen erfahren zu haben. Der Verteidiger Rabas, Dr. Telet, richtet an den Zeugen die Frage, welche Verfügungen er als oberster Leiter der Polizeibehörde zur Aufklärung der Frankenfälschungen getroffen habe. Der Minister verweigert hierauf die Antwort, denn er sei diesbezüglich von der Wahrung des Amtsgeheimnisses nicht entbunden worden.

Verteidiger Dr. Telet: Es ist eine merkwürdige Art der Amtsverschwiegenheit, wenn der Herr Minister alles sagt, was für die Regierung günstig ist, hinsichtlich der verhänglichen Einzelheiten sich aber auf seine Schweigepflicht beruft.

Der Vorsitzende ruft den Verteidiger wegen dieser versteckten Verdächtigung zur Ordnung und droht ihm mit der Wortentziehung.

Der Antrag Dr. Telets, daß Innenminister Ralovszky gänzlich von der Schweigepflicht entbunden werde, wird vom Gerichtshof abgewiesen.

Abg. Karl Wolf macht Aussagen über sein Gespräch, das er in Gegenwart des Bürgermeisters Sipöc und des Vizebürgermeisters Follufhazy mit Radossy nach der Verhaftung Janovics führte. Radossy gestand seinen drei Freunden, daß er in die Affäre verwickelt sei und zeigte große Reue. Er teilte auch mit, daß Bethlen, als er seinerzeit

läßt sich noch nicht übersehen, jedoch ist der Sachschade ungeheuer. Nach einer weiteren Meldung wurde durch den Tornado Chicago von den Nachbarstädten abgetrennt. Dem Wirbelsturm folgte ein furchtbares Hagelwetter. Hagelkörner, so groß wie Hühnereier, durchschlugen die Dächer der Häuser und die Verdecke der Automobile. Dann setzte wolkenbruchartiger Regen ein, durch den das Rettungswerk schwer behindert wurde.

Ziehung der Klassenlotterie. Bei der Ziehung der 5. Klasse der 14. tschechoslowakischen Klassenlotterie am Mittwoch wurden die Grundzahlen 78 und 09 ausgelost. 20.000 K gewinnen 68.678. 10.000 K gewinnen 107.500; je 5000 K gewinnen 119.378 186.778 87.978 187.178 150.578; je 2000 K gewinnen 45.478 299.578 33.178 64.678 80.478 207.678 221.678 191.978 74.778 79.778 213.778 82.578 132.278 126.278 214.278 24.178 207.978 291.278 99.178 146.778 1.278 58.400 293.200 295.100 3409 1278 115.000; je 1000 K gewinnen 289.778 155.178 195.078 59.178 218.478 125.078 168.278 223.178 206.078 235.178 9778 227.878 56.078 18.978 124.278 178.378 63.378 103.078 167.078 210.47 85.378 91.578 45.278 182.678 291.378 48.978 125.778 20.578 136.178 99.578 226.478 10.178 56.178 162.378 69.978 214.178 12.478 158.478 222.778 207.178 205.678.

Ein Taubstummer mordet sich und seine Familie. In der in der Nähe von Budapest liegenden Gemeinde Pest-Ujhely ereignete sich ein blutiges Familiendrama. Ein 43jähriger taubstummer Buchbinder namens Binogradsky hat seine ebenfalls taubstumme Frau und seine zwei Kinder mit einer Sacke erschlagen und dann sich selbst aufhängt. Alle vier wurden tot aufgefunden.

Im Traum erhängt. In einem Regensburger Vorort hörte zur Nachtzeit, wie die „München-Augsburger Abendzeitung“ berichtet, die Leiche eines Tagelöhners aus der Schlafkammer eines 18jährigen Sohnes ein starkes Röcheln. Daraufhin nachschaute, fand sie zu ihrem Schrecken den Sohn aufhängt vor. Sie haßte den Gestorbenen, sofort den Strick abzuschneiden. Als der Bursche wieder zum Bewußtsein gekommen war, tat er sehr erstaunt und fragte, was geschehen sei. Als ihm die Mutter schluchzend erzählte, daß er sich aufgehängt hätte, schüttelte der Sohn, ein sonst lebenslustiger Mensch, den Kopf. Er hätte keinen Grund gehabt, sich ein Leid anzutun, und beschwor seine Mutter, ihn nicht als Selbstmordkandidaten anzusehen. Nach einer Weile konnte er sich plötzlich entsinnen, daß er geträumt hatte, er habe mit mehreren Kameraden das „Aufhängen“ im Spah probiert. Der Vorfall, der um ein Haar verhängnisvoll hätte ausgehen können, läßt sich nur dadurch erklären, daß der junge Mann wirklich im Traumzustand nach einem Strick gegriffen und sich, ohne sich seiner Tat bewußt zu sein, aufgehängt.

Wieder ein Bergsturz in Holland. Die Welt steht auf keinen Fall mehr lang; wenigstens an der belgisch-holländischen Grenze bröckelt sie rapid ab. Wie die „Frankfurter Zeitung“ aus Aachen berichtet, ist an der holländisch-belgischen Grenze der sogenannte Mänsberg zusammengestürzt. In den Berg waren zum Zwecke der Züchtung von Champignons Gänge gegraben worden. Dadurch, daß sich 2 1/2 Millionen Kubikmeter Erde in Bewegung setzten, ist eine Anzahl von Personen umgekommen. Fünf Tote und 13 Verletzte wurden bisher festgestellt.

Mord, Mordversuch, Einbruch. Dienstag mittag erschien in einer Tabaktrafik in Prag ein unbekannter Mann. Als ihm die Trafikantin, die 50jährige Anna Polozny, die gewöhnlichen Zigarettensorten reichen wollte, schlug er sie mit einem stumpfen eisernen Gegenstand nieder und flüchtete, da sie um Hilfe rief. Kurz

durch Tefek von den Plänen Windischgrätz erfuhr, sehr entschieden dagegen Stellung nahm. Wolf tritt nach vollendeter Zeugenaussage pflichtlich vor Radossy und drückt ihm warm die Hand. Uebereinstimmend mit Wolf sagen auch Bürgermeister Sipöc und Vizebürgermeister Follufhazy aus. Auch Sipöc tritt nach vollendeter Aussage auf Radossy zu und drückt ihm die Hand. Diesmal trat aber der Vorsitzende dazwischen und sagte, der Gerichtssaal sei für solche Demonstrationen nicht geeignet.

Deal Farkas, der Sekretär Bethlens, sagt aus, der Ministerpräsident habe alle, auch die diskretesten Briefe durch seine Sekretäre schreiben lassen. Es liege also kein Grund vor der Annahme vor, daß er gerade den angeblichen Freibrief für die Frankenfälscher eigenhändig geschrieben hätte. Der zweite Sekretär Bethlen, Bela Bogler, hat das von Windischgrätz, Pronay und Szjas unterzeichnete Memorandum über die Zusammenfassung der irredentistischen Organisationen unter ein Kommando gelesen. In seiner Zeugenaussage gibt er an, aus Randbemerkungen, die Bethlen hinzugefügt hatte, konnte er erkennen, daß der Ministerpräsident den Plan auf das Entschiedenste mißbilligte. Der Ministerpräsident war nämlich der Ansicht, daß die Unterschneider des Memorandums sich niemals unter die Disziplin der Regierung beugen würden.

Hierauf erklärte der Vorsitzende das Beweisverfahren für geschlossen.

Der Staatsanwalt legt sodann einen aus Leipzig eingetroffenen Brief vor, wonach Windischgrätz bei der Prager Regierung um die Zuerkennung der tschechoslowakischen Staatsbürgerschaft nachgesucht habe.

darauf kam in die Trafik der Arbeiter Johann Barta. Als er die Trafikantin bewußlos auf dem Boden liegen sah, eilte er zur nächsten Telefonstation und verständigte die Sicherheitsabteilung der Prager Polizeidirektion. Die Schwerverletzte wurde auf die Klinik Schloffler gebracht, wo außer einer ungefähr 6 Zentimeter tiefen Wunde eine Gehirnerschütterung festgestellt wurde; lebensgefährlich sind die Verletzungen nicht. Der Arbeiter Barta hat, als er die Trafik betrat, den stiehenden Mann gesehen und der Polizei eine ungefähre Personenbeschreibung gegeben. Wie die Polizei feststellte, hat der Attentäter vom Ladentisch 50 Sport, 25 Ruba, 10 Britannica und zwei Stück Briefpapier entwendet. Die Handtasche blieb unberührt. — Mittwoch gegen 9 Uhr vorm. kam in der Smichover Komenskagasse der 27jährige Arbeiter Franz Jenik aus Zlichow mit seiner 25jährigen Frau Marie in Streit. Wie aus einem später bei Jenik aufgefundenen Briefe hervorgeht, standen die beiden in Scheidung. Blödsichtig hörten einige Arbeiter, die in der Nähe beschäftigt waren, Schüsse und sahen, wie die Jenik von ihrem Mann, der auf sie schoss, dabonstieß. Als Passanten herbeieilten, schoß sich Jenik selbst in die Herzgegend. Auf dem Transport ins Spital erlag die Frau ihren Verletzungen. Der Mann ist schwer verletzt. — Gestern nach 5 Uhr früh fand die Bedienerin der Milchgenossenschaft in Prag VII die Kanzelei in Unordnung vor und benachrichtigte die Polizei. Es wurde festgestellt, daß in der Nacht Einbrecher durch das Kellerfenster in den Keller und von da in die Kanzelei eingedrungen waren und die eisernen Kassen ausgeraubt hatten. Es wurden insgesamt 8.000 Kronen entwendet, und zwar vier Notizen zu 1000, neun zu 500, 103 zu 100, 77 zu 50, der Rest in 20 und 10 Kronen, in Kleingeld und in einem Säckel. Man hat vorläufig keine Anhaltspunkte über die Täter.

Eine internationale Schauspielerkonferenz. Am 4. und 5. Mai 1926 tagte in Berlin eine Sitzung des Kartellverbandes deutscher Bühnengehörigen (Genossenschaft Deutscher Bühnengehörigen, Berlin; Deutschösterreichischer Bühnenerverein Wien; Bund der Angestellten der deutschen Theater in der tschechoslowakischen Republik, Brünn; Verband der Bühnenkünstler in der Schweiz, Zürich; Deutscher Chorführer- und Ballettverband, Mannheim), die sich hauptsächlich mit der Vorbereitung für die vom Kartellverbande deutscher Bühnengehörigen für den 23. bis 25. Juni 1926 nach Berlin einberufenen internationalen Schauspielerkonferenz befaßte. Auf Grund der schon früher an alle Schauspielervereinigungen der Welt ergangenen Einladungen sind Zuzagen für die Teilnahme an der Konferenz bereits von den Schauspielerverbänden der meisten theaterführenden Staaten eingelangt, so von: Belgien, Dänemark, England, Frankreich, Jugoslawien, Norwegen, Polen, Rußland, Ungarn, Vereinigte Staaten von Nordamerika usw. Weitere Zuzagen sind in der nächsten Zeit zu erwarten. Nach den schon während der vorbereitenden Arbeiten gewonnenen Eindrücken verspricht die Konferenz einen äußerst interessanten Verlauf zu nehmen. Von den Berliner Behörden wurde für die Konferenz in entgegenkommender Weise die weitgehende Unterstützung zugesagt. Es besteht die Absicht, bei dieser Konferenz eine Weltorganisation aller Bühnengehörigen ins Leben zu rufen. Die bereits festgestellte Tagesordnung wird sich mit folgenden Materien befassen: Berichte aller Schauspielervereinigungen über die Theaterverhältnisse in den einzelnen Ländern in künstlerischer, wirtschaftlicher, rechtlicher und sozialer Hinsicht. Die Rundfunkfrage. Das Gastspiel einzelner ausländischer Bühnenkünstler und ganzer ausländischer Ensembles. Die Gründung der Internationalen Union der Bühnengehörigen.

rigen. Das Welttheater Firmin Gemitz. Inszenierung und Schauspielkunst. Schauspieler und Film.

Mutter und Sohn. — Vater und Tochter. Der 19jährige Brechburger Schlosser Gehilke Johann Steder erstattete die Anzeige gegen seine 40jährige Mutter, die er beschuldigt, daß sie ihn, als er 15 Jahre zählte, verführte und ihn zwang, ein Liebesverhältnis mit ihr einzugehen, das mehr als drei Jahre dauerte. Als er den Lockungen der Mutter widerstand, wurde diese rabiat, beschimpfte ihn und ließ ihn schließlich hungern. Gegen Mutter und Sohn wurde das Verfahren wegen Blutschande eingeleitet. — Vor dem Schwurgericht in Reichenberg stand Montag der 33jährige Installateur Czerech aus Gablonz, beschuldigt des Verbrechens der Nothzucht, der Blutschande und der Verführung zur Unzucht, da er nach seinem eigenen Geständnisse seit dem Jahre 1922 mit seiner heuer sechzehn Jahre alten Tochter Gertrud in unerlaubten Beziehungen gestanden hat. Die Beschuldigung, daß er sie durch Drohungen und Mißhandlungen gefügig gemacht habe, bestritt Czerech und behauptete, daß sie verdorben gewesen sei. Die Geschworenen bejahten einstimmig, daß Czerech des Verbrechens der Blutschande schuldig sei und ebenso die Zusagefrage, ob er aus niedrigen und unehrenhaften Beweggründen gehandelt habe, und der Angeklagte wurde zu acht Monaten Kerker mit einer Feste jeden Monats bei Wahlrechtsverlust verurteilt.

Ein Anabe von Bären zerfleischt. In Bern fuhr Dienstag abends ein junger Mann, der die Herrschaft über sein Fahrrad verloren hatte, gegen die Mauer des Bärengrabens und stürzte in den Graben hinunter. Fast gleichzeitig stürzte ein zehnjähriger Anabe in den Graben. Während dem ersten, den die Bären unbeteiligt ließen, ein Zeit zugeworfen werden konnte, auf dem er aus dem Graben kletterte, stürzten sich die Bären auf den Anaben, der eine blutende Wunde erhalten hatte. Die Tiere rissen dem Anaben eine Schulter weg und den Bauch auf, so daß die Eingeweide bloß lagen. Dem Bärenwärter gelang es schließlich unter Lebensgefahr, den Anaben zu befreien, der in hoffnungslosem Zustande ins Spital gebracht wurde.

Die Rattenplage in Paris. Die Frühlingsboten für Paris sind die Ratten, die in den lauen Nächten aus den Kellern und Speichern hulkeln und auf den Boulevards ihr häßliches Brunnstgeschreul ertönen lassen. Paris ist die Stadt der Ratten. Dr. Marchoux vom Pasteurinstitut in Paris hat sich jüngst in einer Pariser Zeitung über die Rattenplage ausgelassen. Die Ratte ist nach ihm der treueste Gefährte des Menschen und vor allem des unfauberen Menschen. In der Welt gibt es dreimal mehr Ratten als Menschen. Sie sind die Ursache vieler Krankheiten; selbst das „Schüßengrabensieber“ ist der engen Verührung der Menschen mit den Ratten zuzuschreiben. Gegen die Ratten helfen nicht die Rattenjäger, welche zuweilen Ratten züchten, um die ausgeschriebene Prämie für die vorgezeigten Schwänze zu erhalten, es hilft auch nichts der Giftbazillus, der wohl in einer Gegend die Plage erträglich machen kann, aber doch nicht wirksam genug ist, weil die Ratten, die intelligentesten aller Raubtiere, eine Epidemie, die nahe, schon ahnen und scheuigst in giftreiche Gegenden abwandern. Das einzige Mittel gegen sie besteht darin, die Ratten knapp in der Nahrung zu halten, ist doch wie überall der Hunger der Feind der Liebe und damit auch der Fortpflanzung. Darum ruft der Hygieniker seine Landbesitzer zur Reinlichkeit auf. Keine Lebensmittelreste in die Kloaken werfen, die Ueberreste der Schlachthäuser verbrennen! Alle Fruchtmagazine müssen statt des gestampften Bodens und der alten Bohlen eine feste Zementfläche haben. Nur durch solche Maßnahmen werde man der Ratten einigermaßen Herr werden.

Beim Schmuggeln ertrunken. In der Nähe von Tschagan übertraten tschechoslowakische Finanzer eine 40föpfige Schmugglerbande beim Paskhen von Spiritus. Die Bande flüchtete. Zwei von ihnen wollten bei der Flucht die Theiß durchschwimmen, kamen aber dabei ums Leben.

Wilhelm und Wilhelmine. Die holländische Königin Wilhelmine hat nach einer Mitteilung des Finanzministers im letzten Jahre das ihr zustehende Jahreseinkommen nicht aufgebraucht. Der übriggebliebene Betrag — es handelt sich um 1643,81 holländische Gulden — fällt auf die Staatskasse zurück. Und das in Holland, das doch außer dieser Königin Wilhelmine auch einen Wilhelm, Preußenkönig im Ruhestand, beherbergt, dessen schlechte Sitten durch das gute Beispiel der weiblichen Regentin so wenig gebessert worden sind, daß er von seinem Volke noch eine Prämie fürs Davongelassensein beansprucht. In Holland lehrt die Demokratie die Staatsoberhäupter sparen, in Deutschland soll die Republik den abgebauten Landesvätern fürsüchtige Renten und Absindungen nachschicken.

Wetterüberblick von 9 Uhr. Prag, 19. Mai. Die Gewitter, die Montag abends in Böhmen niedergegangen waren, wiederholten sich auch Dienstag in Ostböhmen und in der Mitte des Staates; dabei fiel ziemlich ergiebiger Gutzregen, z. B. in Tabor 12, Trantauen 11, Brünn 7, Znaim 6, Bratislava 10 Millimeter. Die Abkühlung hat weitere Fortschritte gemacht. In der Slowakei und in der Podkarpatia Rus wurden nur noch vereinzelte 20 Grad überschritten, in der Westhälfte Böhmens selbst am Nachmittag nicht einmal 16 Grad Celsius wieder erreicht. Das senkte und wolfige Wetter unter Einwirkung einer kühlen Nordwestströmung hält noch an. Wahrscheinliches Wetter morgen den 20. Mai. Fortschreitende Besserung, nachts kühl und neblig, während des Tages verstärkte Erwärmung, ruhig.

